



Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

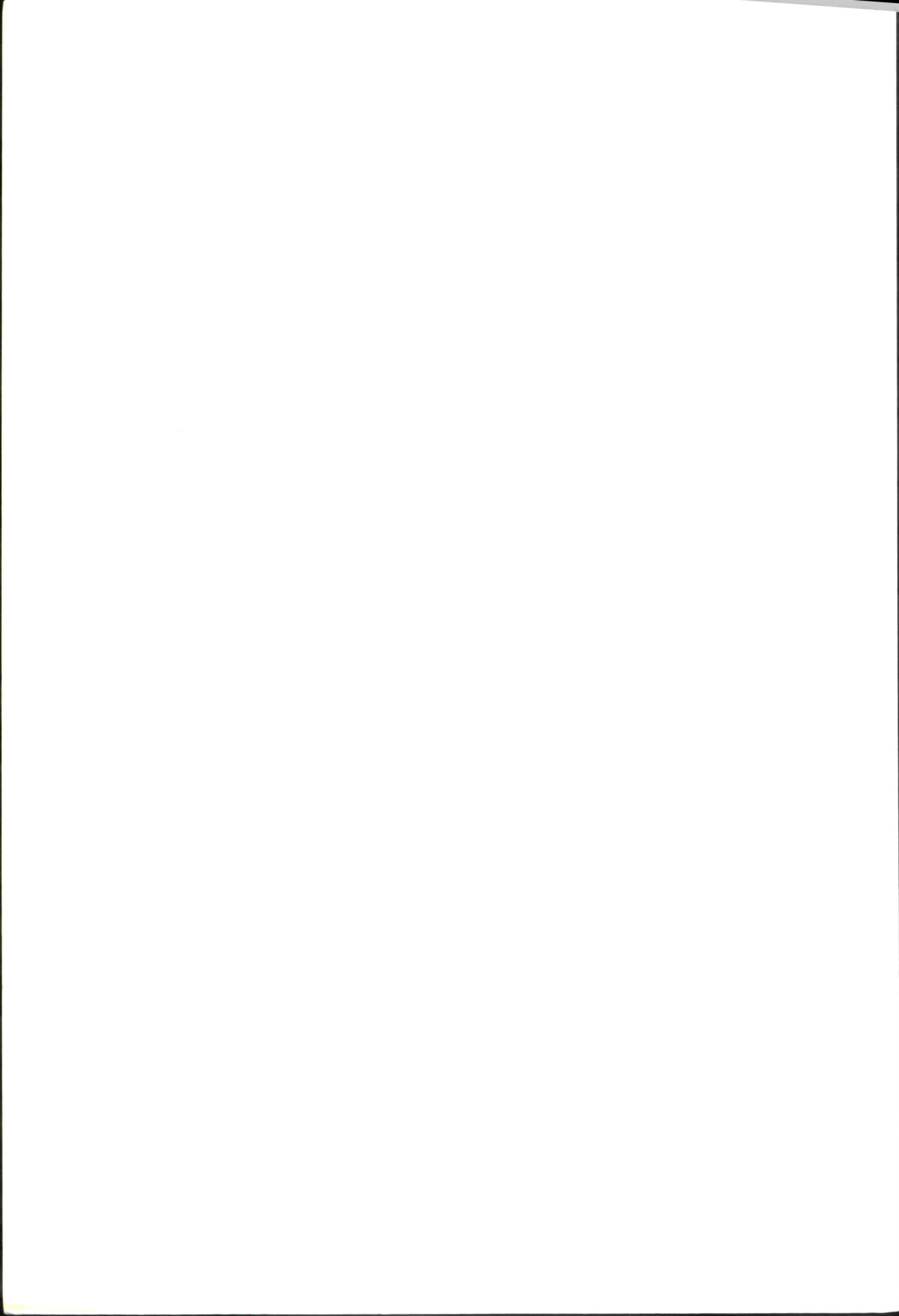
3. Parteitag der CDU Deutschlands

25.-28.
Oktober 1992

CDU

Stadthalle
Düsseldorf





Bericht der Bundesgeschäftsstelle

- Anlage zum Bericht des Generalsekretärs -

Vorwort

I. Aufbau der neuen Landesverbände

1. Organisationsstruktur

2. Hauptamtliche Mitarbeiter

2.1 Personelle Ausstattung von Landes- und Kreisgeschäftsstellen

2.2 Mitarbeiterschulung

3. Technische Ausstattung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen

4. Aktivierung der politischen Arbeit

4.1 Kreis- und Ortsverbandsarbeit

4.2 Aktion Solidarität/Wir halten zusammen (1991)

4.3 Herbst-Aktion 1992

4.4 Partnerschaften

4.5 Regionalkonferenzen

4.6 Rentenaktion

5. Mitgliederentwicklung

II. Parteigremien

1. Präsidium

2. Bundesvorstand

3. Bundesausschuss

4. Landesgeschäftsführerkonferenz

5. Bundesparteigericht

III. Wahlkämpfe

1. Der Bundestagswahlkampf 1990
2. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen
 - 2.1 Landtagswahlen in den neuen Bundesländern
 - 2.2 Hessen
 - 2.3 Rheinland-Pfalz
 - 2.4 Hamburg
 - 2.5 Bremen
 - 2.6. Baden-Württemberg
 - 2.7 Schleswig-Holstein

IV. Bundesgeschäftsstelle

1. Kommissionen des Bundesvorstandes
 - 1.1 Grundsatzprogramm-Kommission
 - 1.2 Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes
 - 1.3 Kommission Schutz des ungeborenen Kindes
 - 1.4 Organisationskommission
 - 1.5 Agrarkommission
 - 1.6 Kommission Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
 - 1.7 Bildungspolitische Kommission
 - 1.8 Bundesfinanzkommission
2. Bundesfachausschüsse
3. Kongresse/Aktionen
 - 3.1 Kongreß zur inneren Sicherheit in Hamburg (1991)
 - 3.2 Außenpolitischer Kongreß in Bonn (1991)
 - 3.3 1. Umweltforum und Umweltbeauftragtenkonferenz in Magdeburg (1991)
 - 3.4 Jugendforum in Schwerin (1991)
 - 3.5 Europäischer Kulturkongreß in Frankfurt/Oder (1991)
 - 3.6 Rechtspolitischer Kongreß in Karlsruhe (1992)
 - 3.7 Verfassungspolitischer Kongreß in Bonn (1992)
 - 3.8 2. Umweltforum und Umweltbeauftragten-Konferenz in Bonn (1992)

- 3.9 Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche
- 3.10 Europa-Aktion (1992)
- 3.11 10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl

4. Pressearbeit

5. Ständige Publikationen

- 5.1 UfD
- 5.2 Union Magazin

6. Organisation

- 6.1 Organisationshandbuch
- 6.2 Elektronische Kommunikation

V. Die Mitgliederentwicklung in der CDU

VI. Politischer Arbeitskalender

V o r w o r t

Dieser Bericht konzentriert sich auf die wichtigsten politischen Projekte und Arbeiten der Bundesgeschäftsstelle in der Amtszeit des ersten gesamtdeutschen Bundesvorstandes. Sie begann mit dem Vereinigungsparteitag in Hamburg (1./2. Oktober 1990) und endet mit dem Bundesparteitag in Düsseldorf. Diese beiden Bundesparteitage markieren beinahe symbolhaft zwei Kernelemente christlich-demokratischer Politik, die unabdingbar zusammengehören: Deutsche Einheit und europäische Einigung. Stand am Beginn mit dem ersten Parteitag der wiedervereinigten CDU die Idee der Deutschen Einheit, so steht im Zentrum des Düsseldorfer Parteitages die Idee der europäischen Einigung.

Nach der staatlichen Wiedervereinigung wurde immer bewußter, wie groß die Aufgabe war, die Zerstörungen des Sozialismus zu beseitigen, die neuen Länder aufzubauen und die innere Einheit zu erreichen. Was 40 Jahre getrennt war, läßt sich nicht schnell und nicht reibungslos zu einem neuen Ganzen zusammenfügen.

Die CDU stellte sich dieser Herausforderung schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Bereits im Frühjahr 1991 begannen wir eine bundesweite Solidaritätsaktion "Wir halten zusammen". Mit dieser Aktion wollten wir Begegnungen und Verständnis zwischen Ost und West fördern. Vor allem wollten wir Partnerschaften zwischen Ost und West anregen, weil wir überzeugt waren, daß beim Aufbau der neuen Länder auf die Erfahrung und das Engagement der westlichen Länder nicht verzichtet werden konnte. Dies hieß vor allem auch, daß es ein "weiter so" im geeinten Deutschland nicht geben könne und daß die Teilung nur überwunden werden kann, wenn sich die Tagesordnung deutscher Politik ändert, und das wiederum hieß konkret: Vorrang des Aufbaus im Osten vor dem weiteren Ausbau im Westen. Der Bundesparteitag in Dresden unter dem Motto "Einheit leben - Gemeinsam gestalten wir Deutschlands Zukunft in Freiheit" war

der konsequente Höhepunkt dieser Initiative der CDU. Hier schuf die CDU durch ihre Beschlüsse auch die programmatischen Grundlagen und formulierte die Leitlinien, wie sie die innere Einheit verwirklichen will.

Hinter der CDU in den neuen Ländern liegt eine schwere Zeit. Was sie zu leisten hatte, kann man ermessen, wenn man bedenkt, was es zum Beispiel heißt, 15 Bezirksverbände zu sechs Landesverbänden und 227 Kreisverbände zu 87 Kreisgeschäftsstellen zusammenzuführen. Der Personalbestand mußte von circa 1.700 auf 175 hauptamtliche Mitarbeiter zurückgeführt werden. Erhebliche Reibungen gab es aber auch, als es darum ging, frühere Mitglieder der Bauernpartei, des Demokratischen Aufbruchs, alte und neue CDU-Mitglieder zusammenzuführen. In dieser Phase brauchte die CDU in den neuen Ländern die besondere Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle. Welchen Vorrang das Konrad-Adenauer-Haus dieser Aufgabe einräumte und wie sehr es seine ganzen Kräfte hierauf konzentrierte, wird zum Beispiel an der Tatsache deutlich, daß 1991 alle Veranstaltungen der Bundespartei in die neuen Bundesländer verlegt wurden.

Wir sind ein gutes Stück weitergekommen in den zurückliegenden Jahren. Daß die CDU in den neuen Ländern jetzt im Herbst 1992 in der Lage ist, in Kommunen und Ländern eine breite Informations- und Aufklärungsaktion über ihre Politik in den zurückliegenden zwei Jahren durchzuführen, zeigt, daß sie inzwischen auf einem guten Weg ist. Die Bundesgeschäftsstelle wird sie hierbei auch in Zukunft tatkräftig unterstützen. Unser Ziel ist es, die CDU in den neuen Ländern in die Lage zu versetzen, die Kommunal- und Landtagswahlen 1994 überwiegend aus eigener Kraft zu führen.

Sehr frühzeitig war in der Bundesgeschäftsstelle die Absicht entstanden, nicht erst das Jahr 1993, sondern bereits 1992 zum Europajahr zu erklären. Dahinter stand auch die Erkenntnis, daß die Europa-Euphorie vergangener Jahre verfliegen ist. Als "deutsche Europapartei", die die CDU immer war, hielten wir es

für unsere Aufgabe, Sorgen und Ängste der Bürger konkret aufzugreifen und durch Aufklärung und Information für die europäische Einigung zu werben. Die Notwendigkeit einer solchen bundesweiten Aktion wurde nicht überall eingesehen. Widerstände mußten überwunden werden. Die Ergebnisse bestätigen unsere Anstrengung: Hunderte Veranstaltungen wurden in den zurückliegenden Monaten in Orts-, Kreis- und Landesverbänden und in den Vereinigungen durchgeführt. In gewisser Weise ist der Parteitag in Düsseldorf der Höhepunkt der Vielzahl von Veranstaltungen. Er ist gleichzeitig der Start für neue europapolitische Initiativen der CDU. Die Diskussionen nach Maastricht zeigen: Die Bürger müssen durch intensive Gespräche und Aufklärung für Europa gewonnen werden. Dies ist eine Aufgabe über das Jahr 1992 hinaus, die mit der Verwirklichung des Binnenmarktes nicht abgeschlossen ist.

Der Bericht der Bundesgeschäftsstelle gibt einen Eindruck von der Fülle der geleisteten Arbeit. Er gibt nicht wieder, welche Arbeitsbelastung dies für das Haus und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutete. Dies wird deutlich aus der Tatsache, daß das Konrad-Adenauer-Haus mit erheblich weniger Mitarbeitern als in früheren Jahren ein viel größeres Arbeitsgebiet zu betreuen hatte und mit vielen neuen und zusätzlichen Aufgaben und Problemen konfrontiert ist. Für diesen Einsatz soll allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an dieser Stelle herzlich gedankt werden. Unser Dank gilt auch Volker Rühle, der bis April 1992 als Generalsekretär der CDU an der Spitze des Hauses stand.

Wir brauchen hohe Kompetenz, Leistungsfähigkeit, Motivation und Engagement der Mitarbeiter auch in der vor uns liegenden Zeit. Insbesondere müssen wir uns mit den Problemen auseinandersetzen, vor die alle Volksparteien heute gestellt sind und die in den Schlagworten zum Ausdruck kommen wie "Politik- und Parteienverdrossenheit, Wahlenthaltung, Trend zur Individualisierung und Singularisierung, Aufsplitterungstendenzen im Parteiensystem". Wir müssen als CDU Antworten auf diese Krisensymptome des modernen Parteiensystems finden, weil wir sonst zumindest langfristig unsere Mehrheitsfähigkeit verlieren.

Dabei kommt es vorrangig darauf an, die Politik der CDU für die Menschen attraktiver zu machen. Sie müssen erkennen können: Die CDU vertritt ihre Interessen, sie spricht sie an, sie bietet Identifikationsmöglichkeiten. Voraussetzung dafür ist, daß die CDU ein klares inhaltliches und politisches Profil hat. Dies zu schärfen und in der Öffentlichkeit darzustellen, ist Aufgabe der intensiven öffentlichen Diskussion über das neue Grundsatzprogramm der CDU, die wir im nächsten Jahr führen wollen.

Wir werden 1993 aber auch weitere Anstrengungen unternehmen, eine Mitarbeit in der Partei attraktiver zu gestalten und Zugangsbrücken zur CDU zu schaffen. Dazu ist es insbesondere erforderlich, die Organisationsreform der CDU auf der Grundlage der Bremer Beschlüsse intensiver voranzubringen. Dies wird keine einfache Aufgabe sein, denn auch in unserer Partei müssen Verkrustungen aufgebrochen werden. Wir dürfen unsere Offenheit für Neues nicht verlieren.



Wilhelm Staudacher
(Bundesgeschäftsführer)



Peter Hintze
(Generalsekretär)

I. Aufbau der neuen Landesverbände

1. Organisationsstruktur

In den ersten Wochen des Jahres 1990 hat die CDU in der ehemaligen DDR mit der Veränderung ihrer Organisationsstruktur begonnen. Die Landesverbände wurden gebildet, Bezirksverbände aufgelöst. Erste Überlegungen über die künftige Organisationsstruktur der Kreisgeschäftsstellen wurden im Sommer 1990 angestellt und 1991 realisiert.

Die Arbeit der CDU in den neuen Bundesländern konzentrierte sich im Jahre 1990 zwangsläufig auf die im März stattfindenden Volkskammerwahlen, die Kommunalwahlen im Juni und die Landtagswahlen im Oktober 1990. Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landes- und Kreisverbänden in den neuen Ländern war von Beginn an sehr intensiv. Die zur Verfügung gestellte ideelle und materielle Hilfe galt den bei der Volkskammerwahl in der "Allianz für Deutschland" vertretenen Parteien CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch. Die Landes- und Kreisverbände in den alten Bundesländern haben sich ebenfalls stark am Aufbau und an den Wahlkämpfen der CDU in den neuen Bundesländern beteiligt und damit wesentlich zum Erfolg beigetragen.

Hinter der CDU in den neuen Ländern liegt ein harter Umstrukturierungsprozeß, der eine gewaltige Leistung und Kraftanstrengung bedeutete. So wurde die Zahl der Kreisgeschäftsstellen von 210 auf jetzt 87 erheblich verringert. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde von ca. 1.700 im Jahr 1990 auf derzeit rd. 175 reduziert.

Der organisatorische Aufbau der Kreisverbände ist weitgehend abgeschlossen. In der Regel werden mehrere Kreisverbände von einer Kreisgeschäftsstelle betreut. Die Ergebnisse der Gebietsreformen werden hier allerdings noch weitere Veränderungen bringen.

Die Kreisgeschäftsstellen wurden von der Bundesgeschäftsstelle mit moderner technischer Ausstattung versehen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden entsprechend geschult.

Anzahl der Kreis- und Ortsverbände:

	KV	Bereichs- geschäfts- stellen	OV
Brandenburg	41	14	469
Mecklenburg-Vorpommern	32	9	372
Sachsen	48	26	850
Sachsen-Anhalt	39	17	648
Thüringen	34	16	783
<hr/>			
	194	82	3.122

(Hinzu kommen fünf Kreisgeschäftsstellen im ehemaligen Berlin-Ost.)

2. Hauptamtliche Mitarbeiter

2.1. Personelle Ausstattung von Landes- und Kreisgeschäftsstellen

Auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation sind in den meisten Kreisgeschäftsstellen außer dem Kreisgeschäftsführer/der Kreisgeschäftsführerin keine weiteren hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei tätig. Dies führt zwangsläufig zu einer Überbeanspruchung mit der Folge, daß die Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer ihrer eigentlichen Aufgabe häufig nur bedingt nachkommen können. Zu den zwingend notwendigen Aufgaben der Parteigliederungen gehört das Bemühen um eine stärkere finanzielle Basis. Darüber hinaus müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die zu einer Stabilisierung und Erhöhung der heutigen Mitgliederzahl führen. Schließlich müssen die Orts- und die Kreisverbände neu aktiviert und zum Kontakt mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ermuntert werden. Dazu soll nicht zuletzt die "Herbstaktion 92" beitragen.

Die Kreisverbände der alten Bundesländer können ihre Erfahrungen im Rahmen der Partnerschaften einbringen und damit unserer gemeinsamen Sache einen guten Dienst erweisen.

Auch in den Landesgeschäftsstellen ist die Personalsituation durchweg verbesserungsbedürftig. So ist es unumgänglich, außer den notwendigen Verwaltungs- und Organisationsstellen auch Referate mit wissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu besetzen, um die landespolitischen Grundlagen erarbeiten zu können. Die Bundespartei fördert diese Personalmaßnahmen gegenwärtig durch eine zeitlich befristete Mitfinanzierung.

2.2 Mitarbeiterschulung

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle für die neuen Landesverbände lag in der Schulung der hauptamtlichen Mitarbeiter. Gut ausgebildete Mitarbeiter sind eine wichtige Säule erfolgreicher Parteiarbeit. Kritisch ist jedoch auch festzustellen, daß durch häufigen Wechsel bei den hauptamtlichen Mitarbeitern in der Aufbauphase diese Schulungsarbeit erheblich erschwert wurde.

Computerlehrgänge

Die im Jahr 1991 begonnenen Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landes- und Kreisgeschäftsstellen in den neuen Bundesländern sind 1992 fortgesetzt worden. So haben an Schulungen zur PC-Einführung, zur Einführung in die CDU-Mitgliederverwaltung und zur Textverarbeitung Word 5.5 aus den neuen Landesverbänden insgesamt 88 Personen teilgenommen. In das PC-Beitragswesen wurden in Sachsen 24 Geschäftsstellen und in Sachsen-Anhalt 17 Geschäftsstellen eingewiesen. Ferner sind spezielle

Schulungen für Textverarbeitung WP Plus, Zielgruppenverwaltung, VS-Operating und Finanzbuchhaltung erfolgt.

Fort- und Weiterbildung von Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführern

1991 wurden für die Kreisgeschäftsführer/-innen und die Mitarbeiter/-innen der Landesgeschäftsstellen in den neuen Bundesländern verschiedene Seminare angeboten: So haben fünf jeweils zweiwöchige Seminare stattgefunden. Der Lehrinhalt dieser Seminare reichte von der Finanzverfassung über das Steuer- und Haushaltsrecht bis hin zur innerparteilichen Willensbildung, Pressearbeit etc. Vor Ort konnten Aufgaben und Arbeitsweisen einer Kreisgeschäftsstelle bei einem Besuch erörtert werden. 54 Kreisgeschäftsführer/-innen nahmen die Gelegenheit zur Weiterbildung wahr, 50 Teilnehmern/-innen konnte das Abschlusszertifikat ausgehändigt werden.

1992 hat die Bundesgeschäftsstelle entsprechend einem Beschluß des 2. Parteitages in Dresden ein weitergehendes Schulungsprogramm für Kreisgeschäftsführer/-innen und hauptamtliche Mitarbeiter/-innen aller Landesverbände aufgebaut und ein Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer/-innen angeboten.

Im Rahmen der Ausbildung hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Landes- und Kreisverbänden nahmen 29 Personen an einem viertägigen Seminar im Juni 1992 teil. Sie erhielten einen Einblick in die Bundespolitik, erfuhren Einzelheiten zu Organisation, EDV, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Besuch der CDU-Bundesgeschäftsstelle diente der Verbesserung der Kommunikation sowie der Vorstellung der Arbeitsbereiche in den einzelnen Abteilungen. Im Bereich der Arbeitstechnik und Büroorganisation wurden Methoden der Zeit- und Arbeitsplanung vermittelt. Alle Teilnehmer/-innen

erhielten ein Abschlußzertifikat. An einem zweiten Seminar für diesen Personenkreis im September 1992 nahmen 24 Kolleginnen und Kollegen aus den Landes- und Kreisverbänden teil.

Im Herbst 1992 werden zwei Seminarreihen für Kreisgeschäftsführer/-innen angeboten. Das Seminarprogramm umfaßt neben Rhetorik auch die Vermittlung von Arbeitstechniken und praktischen Anwendungsmethoden aus Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und EDV. Das Thema "Motivations- und Führungsgrundsätze; effektive Zeitplanung" (nach Mackenzie) nimmt anderthalb Tage in Anspruch. Für Arbeitsmethodik und Büroorganisation ist ein halber Tag eingeplant. Es folgen Referate zu den Themen Finanzen und rechtliche Stellung der Parteien, Meinungsforschung und Wahlanalysen.

Auch das Praktikum für neueingestellte Kreisgeschäftsführer/-innen wird im Herbst 1992 erstmals durchgeführt. Bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit sollen Kreisgeschäftsführer/-innen umfassende Informationen über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und über die Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten. Deshalb sollen nicht nur Informationen vermittelt und das Kennenlernen gefördert werden, sondern u.a. die Grundlagen gelegt werden für eine darauf aufbauende weitere Zusammenarbeit.

Dieses Praktikum wird in den Landesverbänden mit eigenen Programmen (Besuche der Landtagsfraktion, anderer Wahlkreise etc.) fortgeführt.

3. Technische Ausstattung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen

Die nach der Strukturreform in den Landesverbänden neu gebildeten Kreisgeschäftsstellen erhielten von der

Bundesgeschäftsstelle die für die Parteiarbeit erforderliche Ausstattung an technischen Geräten. Bei dieser Ausstattung wurden die im Jahr 1990 von den Patenkreisverbänden im Westen zur Verfügung gestellten technischen Geräte (Kopierer, Drucker, Computer usw.) mit berücksichtigt. Die jeweils erforderliche Einzelausstattung der Geschäftsstellen wurde mit den zuständigen Landesgeschäftsführern abgestimmt und war im Oktober 1991 abgeschlossen. Die Geschäftsstellen wurden ausgestattet mit Personal-Computern für die Textverarbeitung, Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung und für den Beitragseinzug, mit einem Drucker, der es den Kreisverbänden ermöglicht, Massendrucksaen wie z B. Flugblätter zu produzieren, sowie weiteren Geräten zur Vereinfachung der notwendigen Verwaltungsarbeit in einer Geschäftsstelle.

Außerdem wurde die technische Ausstattung in den Landesgeschäftsstellen durch EDV-Mehrplatzanlagen, Offsetdruck-Maschinen, Poststraße und Zusammentrage-Automaten erheblich verbessert.

4. Aktivierung der politischen Arbeit

4.1 Kreis- und Ortsverbandsarbeit

Zur Beratung und Abstimmung der organisatorischen Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden wurde bei der Hauptabteilung Organisation der Bundesgeschäftsstelle eine Ansprechstelle eingerichtet. Für die praktische organisatorische Arbeit vor Ort wurden zahlreiche Hinweise und Tips gegeben. Bei speziellen Fragen und Problemen wurden aber auch andere Ansprechpartner im Konrad-Adenauer-Haus, in der Firma UBG/DICO-Soft, der Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung vermittelt.

Vor allem für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern wurde eine Serie "Ratgeber" herausgegeben, die ausführlich über gesetzliche Neuregelungen und Rechtsansprüche in folgenden Bereichen berichteten: Familie, Verbraucher, Wohnen, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Arbeit.

4.2 "Aktion Solidarität/Wir halten zusammen" (1991)

Nicht erst heute, wo die Probleme der inneren Einheit in jedermanns Munde sind, sondern schon im Frühjahr 1991 startete die CDU eine "Aktion Solidarität/Wir halten zusammen".

Dabei standen folgende Gedanken im Vordergrund:

Nach der Herstellung der staatlichen Einheit geht es darum, die Menschen in Deutschland zusammenzuführen und die innere Einheit zu vollenden. Diese Aufgabe ist nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht nicht allein um Investitionen, sondern darum, Verständnis füreinander zu gewinnen und aufeinander zuzugehen. Die Menschen in den neuen Bundesländern dürfen nicht das Gefühl haben, mit ihren Problemen allein gelassen zu werden; was sie brauchen, sind Mutmacher statt Angstverstärker. Und für die Menschen in den alten Bundesländern kommt es darauf an, mehr unmittelbare Informationen über die wirkliche Lage in den neuen Bundesländern zu erhalten. Erforderlich ist, daß wir Deutschen nach 40 Jahren der Trennung auch unsere gemeinsame Identität wiederfinden. Das aber werden wir am ehesten erreichen, wenn wir bereit sind, solidarisch miteinander umzugehen und zusammenzuhalten.

Diese Einsicht hat die CDU durch ihre breit angelegte "Aktion Solidarität" gefördert. Die Aktion, zu deren tatkräftiger Unterstützung der Generalsekretär am 17. April 1991 alle Mitglieder, Mandats- und Funktionsträger aufgerufen hat, stand unter dem Motto "Wir

halten zusammen"; sie knüpfte an die erfolgreiche Aktion "Freunde helfen Freunden" aus dem Jahr 1990 an und richtete sich an die Bürger in den neuen und alten Bundesländern. Im Rahmen dieser Aktion wurden unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt:

In den neuen Bundesländern:

- Die Bundespartei hat einen großen Teil ihrer Veranstaltungen in den neuen Ländern durchgeführt; so z.B. die Sitzung des Bundesausschusses am 10. Juni ("Kleiner Parteitag"), weitere Gremiensitzungen sowie Fachtagungen und Kongresse.
- Es fanden zahlreiche Informationsveranstaltungen mit Bundesrednern statt, in denen über die Maßnahmen der Bundesregierung informiert wurde. Als Verteilmittel wurde eine "Ratgeber-Serie" entwickelt, die über die neuen gesetzlichen Regelungen und Rechtsansprüche unterrichtet. Diese Serie wird laufend aktualisiert.
- Jeder Kreisverband konnte den Rat und die Hilfe eines Partnerkreisverbandes im Westen in Anspruch nehmen.
- Es wurde mit der Ausstattung der CDU-Geschäftsstellen mit moderner Bürokommunikation begonnen. Die Bundespartei übernahm einen Kostenanteil in Höhe von vier Millionen Mark.
- Ein Weiterbildungsprogramm für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter wurde organisiert und durchgeführt.

In den alten Bundesländern haben die Verbände der CDU im Rahmen der "Aktion Solidarität" Informationsveranstaltungen zur Lage in den neuen Bundesländern durchgeführt. Ziel war es, möglichst viele

Referenten aus den neuen Ländern zu gewinnen, die am besten aus eigenem Erleben über die Situation dort berichten und Verständnis für die Probleme vermitteln können. Damit konnten "Informationsgrenzen", die hier wie dort immer noch bestehen, weitgehend abgebaut werden. Auf der Grundlage solcher Informationen wurden dann konkrete Projekte solidarischen Handelns entwickelt.

In einem dicht geknüpften Netz partnerschaftlicher Beziehungen von West nach Ost und von Ost nach West zwischen Parteigliederungen, Mandatsträgern in den Kommunen, Verbänden, Vereinen, Schulen und Berufsgruppen haben wir viele Anlässe geschaffen, durch die Menschen in Deutschland zusammengeführt wurden.

Über eine "Solidaritäts-Börse" in der Bundesgeschäftsstelle wurde ein intensiver Erfahrungsaustausch sichergestellt. Mit der "Aktion Solidarität" wurde ein Rahmen dafür geboten, daß sich viele Mitbürger entsprechend ihren Kenntnissen und Möglichkeiten engagieren konnten und können. Ob es um das Ausfüllen eines Wohngeldantrages oder um die betriebswirtschaftliche Kalkulation eines neueröffneten Geschäftes geht - Fachleute, die ihre Erfahrung zur Verfügung stellen - und sei es auch nur für ein Wochenende - sind immer gefragt.

Umgekehrt ist es für viele Menschen aus den neuen Ländern eine wertvolle Hilfe, wenn sie in den westlichen Betrieben, Verwaltungen, Praxen und Institutionen konkrete Erfahrungen sammeln können. Und wir haben bei unserer Aktion natürlich auch nicht vergessen, daß Menschen dort am leichtesten zusammenfinden, wo sie es möglichst zwanglos tun: bei Festen aller Art und im Sport.

Für die Aktion Solidarität wurde eine Musterrrede, ein Leitfaden für die praktische Durchführung der Aktion und eine Dokumentation zur Lage in den neuen Bundesländern erstellt.

4.3 Herbst-Aktion 1992

Zwei Jahre nach den überzeugenden Erfolgen bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern muß die CDU den Bürgerinnen und Bürgern die bisher geleistete Arbeit und die Perspektiven für morgen verdeutlichen. Dazu sollen im Herbst 1992 "Wochen der CDU" in allen Kreisverbänden der neuen Bundesländer dienen.

Zur Vorbereitung der Herbst-Aktion wurde in jedem Landesverband in enger Abstimmung mit den Landesvorständen und Landesgeschäftsführern ein Geschäftsstellenbereich ausgewählt, in dem eine "Modellwoche" durchgeführt wurde. Im einzelnen waren dies im Landesverband Brandenburg die Kreisverbände Brandenburg/Belzig/Rathenow, im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern die Kreisverbände Grimmen/Rügen/Stralsund, im Landesverband Sachsen-Anhalt die Kreisverbände Dessau/Bitterfeld, im Landesverband Thüringen die Kreisverbände Jena-Stadt/Jena-Land/Eisenberg/Stadtroda und im Landesverband Sachsen der Kreisverband Zwickau-Werdau.

Die Modellwochen haben bewiesen, daß es möglich ist, trotz schwieriger politischer Bedingungen und kritischem Meinungsklima die Politik der CDU öffentlichkeitswirksam darzustellen. In den fünf Modellwochen wurden bei mehr als 60 Veranstaltungen und Aktionen (überwiegend Zielgruppenveranstaltungen) weit über 5.000 Personen direkt als Veranstaltungsteilnehmer erreicht. Durch annähernd 170 Zeitungsankündigungen und über 100 Zeitungsberichterstattungen, fünf Radio- und drei Fernsehberichte wurde die breite Öffentlichkeit aufmerksam gemacht. Dieses Presseecho war erfreulich groß.

Aus den Erfahrungen, die bei der Durchführung der Modellwochen gesammelt wurden, sind eine Dokumentation und ein Leitfaden als Informations- und Arbeitsgrundlage für die Herbstaktion entstanden. Als zusätzliche Materialien

stehen für diese Aktion zur Verfügung: die Illustrierte "Ein deutsches Jahrzehnt" und eine aktuelle Ausgabe von "CDU extra", besondere Informationsfaltblätter und das Angebot von Flugblättern zu wichtigen Themenschwerpunkten.

4.4 Partnerschaften

Für den Zusammenhalt Deutschlands sind die Partnerschaften zwischen den Kreisverbänden der alten und neuen Bundesländer von großer Bedeutung. Deshalb soll die "Herbstaktion 92" auch der Belebung der Partnerschaften sowie einer Vertiefung der Beziehungen dienen. Bei der Erstellung des Organisationshandbuches wurden die Kreisgeschäftsführer nach bestehenden Partnerschaften gefragt. Von mehr als 70 Partnerschaften lagen bereits Ende September feste Zusagen für Begegnungen im Rahmen der Herbstaktion vor. Die organisatorische Begleitung dieser Partnerschaftsbegegnungen liegt bei den jeweiligen CDU-Landesverbänden.

4.5 Regionalkonferenzen

Zur Vorbereitung der "Herbstaktion 92" wurde in den einzelnen CDU-Landesverbänden jeweils eine Regionalkonferenz durchgeführt. CDU-Generalsekretär Peter Hintze bzw. die stellvertretende Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel nahmen dort zu politischen Themen Stellung und stellten sich dem Gespräch mit den Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführern. Leitende Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle informierten über die geplante Herbstaktion, erläuterten die Dokumentation der "Modellwochen" und stellten den Leitfaden und Materialien der Öffentlichkeitsarbeit für die Herbstaktion vor.

4.6 Rentenaktion

Seit dem 1. Januar 1992 gilt in ganz Deutschland ein einheitliches Rentenrecht. Für 3,1 Millionen Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern bedeutet dies eine sichere und gerechte Rente. Um dort flächendeckend über das neue Rentenrecht informieren zu können, wurden von den Kreisverbänden insgesamt 117 Rentenbeauftragte benannt, die in speziellen Seminaren auf ihre Informationstätigkeit vorbereitet wurden. Die Bundesgeschäftsstelle stellte einen Leitfaden mit Mustern für Flugblätter, Anzeigen, Einladungen und Presseerklärungen als zusätzliche Handreichungen zur Verfügung. Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit den Rentenbeauftragten fortzuführen. Ihre Aufgabe soll es sein, einen intensiven ständigen Dialog der CDU mit den älteren Mitbürgern zu vermitteln.

5. Mitgliederentwicklung

Ende Dezember 1990 wurden die Daten der Mitglieder der CDU in der ehemaligen DDR von der zentralen Mitgliederkartei der ehemaligen Hauptgeschäftsstelle in Berlin übernommen und in der Zentralen Mitglieder Kartei (ZMK) der CDU Deutschlands erfaßt. Die Übernahme, einschließlich der Überprüfung durch die zuständigen Kreisverbände, war im Oktober 1991 abgeschlossen.

Zum 31. Dezember 1990 waren in der Kartei in Berlin 134.409 Mitglieder erfaßt. Nach Abschluß der Übernahmearbeiten und der sich daraus ergebenden Karteibereinigung weist die ZMK für die fünf neuen Bundesländer am 30. September 1992 98.551 Mitglieder aus. Davon sind 22.754 Mitglieder (23,1 %) nach dem 1. Januar 1990 in die CDU eingetreten.

II. Parteigremien

1. Präsidium

Das Präsidium kam im Berichtszeitraum seit dem 1. Parteitag der CDU Deutschlands am 1./2. Oktober 1990 in Hamburg zu 22 Sitzungen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Die Vorbereitung, das Ergebnis und die Analyse folgender Wahlen wurden besprochen:
 - Landtagswahlen in den neuen Bundesländern (14.10.1990)
 - Landtagswahl in Bayern (14.10.1990)
 - Bundestagswahl (2.12.1990)
 - Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen, Koalitionsvereinbarungen
 - Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (2.12.1990)
 - Landtagswahl in Hessen (20.1.1991)
 - Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (21.4.1991)
 - Wahl zur Hamburger Bürgerschaft (2.6.1991)
 - Wahl zur Bremer Bürgerschaft (29.9.1991)
 - Kommunalwahl in Niedersachsen (6.10.1991)
 - Landtagswahl in Baden-Württemberg (5.4.1992)
 - Landtagswahl in Schleswig-Holstein (5.4.1992)
 - Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin (24.5.1992)

- Fragen des Aufbaus der neuen Bundesländer standen im Mittelpunkt zahlreicher Sitzungen, unter anderem:
 - Finanzausstattung der neuen Bundesländer
 - Finanzielle Ausstattung der Kommunen
 - Solidarpakt zum Aufbau der neuen Bundesländer
 - Wirtschaftliche Entwicklung und Entwicklung des Arbeitsmarktes
 - Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen
 - Abbau des Lohn- und Gehaltsgefälles zwischen den alten und neuen Bundesländern
 - Personelle Hilfe beim Aufbau der öffentlichen Verwaltung
 - Aufbau der Rechtspflege
 - Rentenüberleitungsgesetz
 - Aufbau der Rundfunkanstalten
 - Entschädigung für die Opfer des SED-Unrechtregimes
 - Problematik der Staatssicherheitsdienst-Akten
- Wichtige Themen der Steuer- und Finanzpolitik waren unter anderem:
 - Subventionsabbau
 - Mehrwertsteuer
 - Unternehmenssteuerreform
 - Länderfinanzausgleich
 - Finanzielle Perspektiven zwischen Bund, Ländern und Kommunen
 - Konsolidierung der Staatsfinanzen
 - Tarifabschluß im öffentlichen Dienst
 - Allgemeine Tarifpolitik
- In der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:
 - Wirtschaftsstandort Deutschland
 - Wohnungsmarkt
 - Vermögensbildung
 - Kohle-Politik
 - Rentenerhöhung 1992
 - Konzept für eine Pflegeversicherung

- Schutz des ungeborenen Kindes
- Familienpolitik
- Weitere wichtige Themen der Innenpolitik waren:
 - Medienpolitik
 - Asylpolitik
 - Ausländerfeindlichkeit
 - Rechtsextremismus
 - Drogenproblematik
 - Bekämpfung der organisierten Kriminalität
 - Verfassungsdiskussion
 - Frage des Parlaments- und Regierungssitzes
- In der Umweltpolitik wurde unter anderem über folgende Themen beraten:
 - Bericht der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre
 - Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992
- Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:
 - Golf-Krieg
 - Waffenexporte
 - Deutsch-amerikanische Freundschaft
 - Entwicklung in der Sowjetunion
 - Anerkennung der GUS-Staaten
 - Anerkennung der baltischen Staaten
 - Deutsch-polnischer Vertrag
 - Entwicklung in Mittel- und Osteuropa
 - Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes
 - Abrüstungspolitik
 - Bürgerkrieg in Jugoslawien
 - Anerkennung von Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina
 - Auswirkungen der GATT-Verhandlungen auf die Landwirtschaft

Fragen der Einheit Europas spielten eine besondere Rolle, wie zum Beispiel die Themen:

- Vertrag von Maastricht
- Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

- Europäische Zentralbank
- Politische Union der EG
- Sicherheitsunion der EG
- Parteienstruktur im Europäischen Parlament
- Wichtige Themen und Entscheidungen zur Parteiarbeit waren:
 - Berufung von Wilhelm Staudacher zum Bundesgeschäftsführer der CDU (22.2.1991)
 - Lage der CDU in den alten und in den neuen Landesverbänden
 - Vorbereitung der Bundesausschuß-Sitzung am 10.6.1991 in Weimar
 - Vorbereitung des Parteitages in Dresden, 15.-17.12.1991
 - Finanzsituation der Partei
 - Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 9.4.1992 zur Parteienfinanzierung
 - Volker Rühle legt nach seiner Ernennung zum Bundesverteidigungsminister sein Amt als Generalsekretär am 6.4.1992 nieder
 - Berufung von Peter Hintze zum kommissarischen Generalsekretär am 27.4.1992
 - Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses am 15.6.1992 in Bonn
 - Vorbereitung des Parteitages in Düsseldorf, 25.-28.10.1992

2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 22 Sitzungen, drei Klausurtagungen und erstmals in der Geschichte von CDU und CSU zu einer gemeinsamen Klausurtagung beider Vorstände am 4./5.10.1991 in Kloster Banz zusammen.

Schwerpunktthemen: s. Präsidium

Außerdem:

- Beratung und Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 1990 (22.10.1990)

- Verabschiedung eines Aufrufs zur Bundestagswahl 1990 (12.11.1990)
- Beschluß zum Verzicht der CDU auf sämtliche Eigentumsrechte an Grundstücken, Gebäuden und an Wirtschaftsbetrieben der ehemaligen CDU (Ost) (12.11.1990)
- Resolution zur Krise am Golf (10.1.1991)
- Aufstellung von Eckpunkten für vorrangige Aufgaben zum Aufbau der neuen Bundesländer (23.2.1991)
- Einsetzung folgender Kommissionen (23.2.1991):
 - Grundsatzprogramm-Kommission
 - Kommission zum Schutz des ungeborenen Kindes
 - Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes
 - Organisationskommission
 - Finanzkommission
- Beschluß zur Änderung der Ordnung für die Bundesfachausschüsse (23.2.1991)
- Beschluß zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes (31.5.1991)
- Verabschiedung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1991 (31.5.1991)
- Nominierung von Dr. Angela Merkel für die Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden und von Christine Lieberknecht für die Wahl zum Mitglied des Parteipräsidiums (23.9.1991)
- Beschluß zum Thema Asylrecht (30.9.1991)
- Tendenzbeschluß zur Pflegeversicherung (30.9.1991)
- Beschluß zu einem Spendenaufruf an die Mitglieder der CDU in den alten Landesverbänden zur Zahlung eines einmaligen Solidaritätsbeitrages von 10,-- DM zum Aufbau der neuen Landesverbände (14.10.1991)
- Beratung und Verabschiedung des Leitantrages zum Parteitag in Dresden - Dresdner Manifest - (14.10.1991)
- Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung eines Agrarkonzeptes (3.2.1992)
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der bildungspolitischen Diskussion (18.5.1992)

- Verabschiedung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1992 (18.5.1992)
- Einsetzung einer Vorbereitungsgruppe für den Parteitag in Düsseldorf (29.6.1992)
- Verabschiedung eines Antrages zu Satzungsfragen an den Parteitag in Düsseldorf (29.6.1992)
- Beschluß zu Fragen der Inneren Sicherheit (4.9.1992)
- Beschluß "Solidarpakt für Deutschland" (4.9.1992)
- Beratung der Anträge zur Europapolitik an den Parteitag in Düsseldorf (4.9.1992)
- Erklärung gegen ausländerfeindliche Ausschreitungen und Übergriffe (5.10.1992)

3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen.

In seiner Sitzung in Weimar am 10.6.1991 befaßte er sich mit folgenden Themen:

- Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Volker Rühle zu den Perspektiven der CDU im geeinten Deutschland
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, über die Arbeit der Fraktion
- Beratung und Verabschiedung der "Weimarer Erklärung der CDU Deutschlands"

Bei der Sitzung in Bonn am 15.6.1992 wurden folgende Themen behandelt:

- Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zur politischen Lage
- Interimistische Berufung von Peter Hintze zum Generalsekretär
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, über die Arbeit der Fraktion

4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu sieben Sitzungen und drei Klausurtagungen zusammen.

Schwerpunktthemen:

- Analyse der Landtagswahlen in den neuen Bundesländern
- Vorbereitung der Bundestagswahl
- Analyse der Bundestagswahl
- Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus
- Landtagswahl Hessen
- Landtagswahl Rheinland-Pfalz
- Bürgerschaftswahl Bremen
- Kommunalwahl Niedersachsen
- Landtagswahl Baden-Württemberg
- Landtagswahl Schleswig-Holstein
- Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin
- Jahresplanung der Bundespartei für 1991 und 1992
- Aufbauprogramm für die neuen Landesverbände
- Solidaritätsaktion der alten Landesverbände für die neuen Landesverbände
- Partnerschaften zwischen den Kreisverbänden in den alten und neuen Landesverbänden
- Modellwochen 1992 in den neuen Landesverbänden
- Herbstaktion 92 in den neuen Landesverbänden
- Mitgliederwerbung / Mitgliederbetreuung
- Nachwuchsförderung
- Wahlkämpfertraining
- Ortsverbandsarbeit
- Schulungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter
- Neue Formen der Kommunikation
- Zwischenberichte der Organisationskommission
- Attraktivitätsprogramm junge Generation
- Informationsaktion zur Asylpolitik
- Europakampagne 1992
- Sommeraktion 1992
- Festveranstaltung "10 Jahre Regierung Helmut Kohl"

- Bericht über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Parteienfinanzierung und zu den Konsequenzen für die Parteiarbeit
- Stand der Beratungen über die Änderung des Leistungsplanes der Stiftung Versorgungswerk
- Vorbereitung des Parteitages in Dresden 1991
- Vorbereitung des Parteitages in Düsseldorf 1992

5. Bundesparteigericht

(Wahlperiode 7. November 1988 bis 6. November 1992)

Vorsitzender: Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 7. November 1988 bis 7. September 1992 (letzte Sitzung dieser Wahlperiode) zu insgesamt 15 Sitzungen zusammen. Von den seit dem 7. November 1988 insgesamt 64 anhängig gewordenen Parteigerichtssachen konnten 58 Verfahren abschließend behandelt werden; noch offen sind sechs Verfahren aus den Jahren 1991/92, und zwar ein Verfahren aus 1991 und fünf Verfahren aus 1992.

Bei den insgesamt 64 anhängig gewordenen Parteigerichtssachen handelt es sich um:

- 33 Anfechtungen parteiinterner Vorstands- und Delegiertenwahlen in Orts-, Kreis- und Landesverbänden
- 4 Anfechtungen von Kandidatenaufstellungen zu Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen
- 7 Ausschlußverfahren
- 4 Verhängungen von Ordnungsmaßnahmen
 - 4 Anträge auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung
 - 1 Antrag auf Ruhen der Mitgliedschaftsrechte
 - 3 Anträge auf Richterablehnungen
 - 1 Antrag auf Überprüfung von Satzungsbestimmungen
 - 1 Antrag auf Rehabilitation

- 2 Verfahren wegen Bestimmung eines zuständigen Parteigerichts
- 1 Verfahren wegen Einsichtnahme in Mitgliederlisten
- 2 Verfahren wegen Unvereinbarkeit von CDU-Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zur "Scientology Church" (Sekte)
- 1 Unterlassung von Amtsträgerbezeichnungen

Im Berichtszeitraum wurden 58 Parteigerichtsverfahren abgeschlossen und wie folgt entschieden:

- 23 Zurückweisungen der Anträge, Beschwerden und Rechtsbeschwerden
- 5 Aufhebungen angefochtener Entscheidungen und Zurückverweisungen an die jeweiligen Landesparteigerichte zur erneuten Verhandlung und Entscheidung
- 1 Abschluß eines Vergleichs
- 5 Aufhebungen und Abänderungen der angefochtenen Entscheidungen durch erfolgreiche Beschwerden bzw. Rechtsbeschwerden
- 23 Einstellungen infolge Rücknahme des Rechtsmittels, nach Austritt oder aus anderen Gründen
- 1 Bestimmung eines zuständigen Parteigerichts.

Auf dem 1. Parteitag der CDU Deutschlands am 1./2. Oktober 1990 in Hamburg (Vereinigungsparteitag) wurden aufgrund einer Änderung von § 5 PGO die Herren Rechtsanwalt Dipl.-Jurist Manfred Walther MdL (Potsdam) und Richter am Kreisgericht Dipl.-Jurist Frank Strohscher (Gera) in das Bundesparteigericht für die restliche Amtsperiode bis 6. November 1992 hinzugewählt.

Von der Broschüre "25 Jahre Bundesparteigericht der CDU 1960-1985" sind noch Rest-Exemplare verfügbar, die bei Bedarf auf Anforderung an Parteiverbände und Mitglieder der Parteigerichte als wichtiges Arbeitsmittel verschickt werden. Diese Broschüre enthält u.a. einige beispielhaft

ausgewählte Entscheidungen des Bundesparteigerichts, zahlreiche Leitsätze zu seinen Entscheidungen, eine Bibliographie zum Recht der politischen Parteien und eine Rechtsprechungsübersicht.

Alle seit Gründung des Bundesparteigerichts im Jahre 1960 getroffenen Entscheidungen liegen in neutralisierter Form vor. Oberstaatsanwalt a.D. Helmut Rehborn, langjähriges Mitglied des Bundesparteigerichts, hat zu den getroffenen Entscheidungen Leitsätze entwickelt. Beschlüsse und Leitsätze können bei Bedarf im Einzelfall angefordert werden. Die Herausgabe einer Leitsatz-Broschüre ist in Vorbereitung.

Die Aufgaben der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts wurden auch im Berichtszeitraum 1988-1992 durch das Justitiariat der Bundesgeschäftsstelle wahrgenommen.

III. Wahlkämpfe

1. Der Bundestagswahlkampf 1990 *

Der erste gesamtdeutsche Wahlkampf nach Jahrzehnten der Teilung fand unter außergewöhnlichen Bedingungen statt. Mitten im Einigungsprozeß, in dem die Bundesregierung durch ununterbrochenes Handeln den politischen Fahrplan bestimmte, kam es für die CDU darauf an, diese politischen Entscheidungen den Wählern rasch zu vermitteln und überzeugend zu erklären. Schnelligkeit und Beweglichkeit bestimmten die politische Kommunikation. Die aktuelle Argumentationshilfe für den Wahlkämpfer hatte Vorrang vor dickleibigen und "trägen" Werbe- und Informationsmitteln. Es war ein "redaktioneller Wahlkampf", der die politischen Inhalte und den unmittelbaren Dialog mit den Bürgern in den Mittelpunkt rückte.

Die deutsche Einheit war das alles beherrschende Thema dieses Wahlkampfes. Befürchtungen, durch die Einheit möglicherweise überfordert zu werden, versuchte die SPD für sich zu mobilisieren. Aber wie 1983 und 1987 besiegte der Hoffnungs- und Kompetenzwahlkampf der CDU den Angstwahlkampf der SPD. Es gelang der CDU besser als der SPD, die politische Grundstimmung der Wählerschaft zu treffen, dem Wähler die historische Bedeutung seiner Wahlentscheidung nahezubringen und die Wahlmotive in der entscheidenden Frage zu bündeln: Wem trauen es die Bürger zu, die mit der deutschen Einheit verbundenen Probleme zu lösen?

Aber auch die Alltagsprobleme der Bürger wurden nicht ausgeklammert. In einer breit angelegten Kampagne, in einer Vielzahl kleinerer Gesprächsveranstaltungen zu aktuellen örtlichen, aber auch politisch "heißen" Themen führte die CDU den 'Dialog mit den Bürgern'. Diese persönliche Kommunikation mit den Bürgern muß die Arbeit der Volkspartei CDU in den neunziger Jahren bestimmen.

* Einen ausführlichen Bericht über den Bundestagswahlkampf 1990 enthält der Bericht der Bundesgeschäftsstelle an den 2. Parteitag in Dresden 1991.

Eine weitere Besonderheit dieses Bundestagswahlkampfes bestand darin, daß die Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bereits dreimal zu den Wahlen gerufen worden waren, nämlich bei der Volkskammerwahl, den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen. In den westlichen Bundesländern hatten Landtagswahlen im Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern stattgefunden. So war Wahlmüdigkeit nicht gänzlich auszuschließen. Daß sie letztlich nicht so gravierend in Erscheinung trat, ist auch darauf zurückzuführen, daß die CDU hochmotiviert in diesen Wahlkampf ging. Dazu trug das Bewußtsein bei, daß die CDU mit der deutschen Einheit eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht und mit Helmut Kohl den Kanzler der Einheit an ihrer Spitze hatte. Die Personalisierung des Wahlkampfes unter dem Slogan "Kanzler für Deutschland" war die richtige Antwort auf die politische Grundfrage dieser Deutschlandwahl.

Ein wichtiges strategisches Datum auf dem Weg zur Bundestagswahl waren für die CDU die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern und in Bayern am 14. Oktober. Das Ergebnis dieser Wahlen war mitentscheidend für die politische Ausgangslage vor der Bundestagswahl. Die CDU trug diesem Ergebnis dadurch Rechnung, daß sie die wahlkampf führenden Landesverbände personell, organisatorisch und werblich nach Kräften unterstützte. Vor allem der Einsatz von hauptamtlichen Mitarbeitern und Mandatsträgern aus dem Westen in den Kreis- und Landesgeschäftsstellen der neuen Landesverbände im Rahmen der Aktion "Freunde helfen Freunden" stärkte dort die Schlagkraft der Partei.

Aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils fand der Bundestagswahlkampf in getrennten Wahlgebieten statt. Eine besondere Herausforderung bedeutete es aber, daß der Wahlkampf in zwei unterschiedlichen Öffentlichkeiten geführt werden mußte. Unterschiedlich war z.B. die Medienstruktur. Vor allem aber dominierten in den neuen Bundesländern die Themen Wirtschaftsentwicklung, soziale Sicherung und Arbeitsplätze stärker als in den westlichen Bundesländern. Nicht zu

Übersehen waren schließlich unterschiedliche "politische Mentalitäten", mit denen auch in den nächsten Jahren noch zu rechnen sein wird.

Der gesamtdeutsche Wahlkampf wurde inhaltlich durch vier Kampagnen bestimmt: Die Kanzlerkampagne stellte die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl heraus, vor allem seine Verdienste um die deutsche Einheit. Mit der Kompetenz- und Zukunftskampagne trug die CDU ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung des vereinten Deutschlands in die Öffentlichkeit. In der Angriffskampagne konzentrierte sich die Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten, und in Zusammenarbeit mit der Jungen Union Deutschlands wurde eine besondere Jugendkampagne entwickelt und durchgeführt.

Einen neuen Weg der Information und Mobilisierung für Amts- und Mandatsträger beschriftet die Bundesgeschäftsstelle mit vierzehn "Info-Seminaren für Wahlkämpfer".

Im September/Oktober 1990 wurden die Verbände der CDU aufgerufen, Dialogwochen und Dialogaktionen zu veranstalten. Träger dieser Aktionswochen waren die Mitglieder vor Ort; die Aktionen waren orts- und bürgernah und führten zu den Entscheidungsthemen der gesamtdeutschen Wahl hin.

Mit speziellen internen Informationen wurden die Mitglieder, Amts- und Mandatsträger über die Wahlkampfführung sowie neue Werbe- und Informationsmaterialien informiert. Auch der Uid diente - mit erweitertem Umfang und erhöhter Auflage - zur laufenden Wahlkampfinformation.

Mit Erfolg wurden ebenfalls Telefax-Geräte im Wahlkampf eingesetzt: Alle Geschäftsstellen der CDU und die Abgeordnetenbüros mit Fax-Geräten erhielten in insgesamt 30 Aussendungen aktuelle Informationen und Argumentationen der Bundesgeschäftsstelle.

Zahlreiche Verteilmaterialien unterstützten die Arbeit der Wahlkämpfer. Neben Faltschlätern, Broschüren und Flugblättern sind besonders zu erwähnen die zwei Ausgaben der Zeitung "Deutschland am Wochenende" mit einer Gesamtauflage von 27 Millionen Exemplaren, die "Zeitung zur Wahl" für die neuen Bundesländer mit einer Auflage von vier Millionen Exemplaren sowie der Kanzlerbrief (Auflage 16 Millionen), mit dem sich der Parteivorsitzende Helmut Kohl direkt an die Bürgerinnen und Bürger wandte.

Mit einem umfangreichen Kandidatenservice wurden auch in diesem Wahlkampf alle Wahlkreiskandidaten betreut. Dazu gehörte neben dem Angebot für persönliche Kleinwerbmittel und Kandidatenprospekte auch jeweils eine Kandidatenseite in beiden Ausgaben von "Deutschland am Wochenende" bzw. in der "Zeitung zur Wahl".

Mehr als 1.000 Rednereinsätze wurden von der Bundesgeschäftsstelle zentral organisiert. Alle Mitglieder von Präsidium und Bundesvorstand, die Bundesminister sowie eine Reihe von Parlamentarischen Staatssekretären (rund 100 Politikerinnen und Politiker) wirkten an diesen Veranstaltungen mit. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl bestritt 62 Wahlkampfkundgebungen.

2. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

2.1 Landtagswahlen in den neuen Bundesländern

Die fünf Landtagswahlen in den neuen Bundesländern hatten auch im Blick auf die gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember besondere Bedeutung. Wie bei der Volkskammerwahl unterstützte die Bundespartei die neuen Landesverbände personell, organisatorisch und werblich. Die Aktion "Freunde helfen Freunden" im Rahmen der Patenschaften zwischen den Landes- und Kreisverbänden hatte sich bereits bei den Volkskammerwahlen hervorragend bewährt und erwies sich auch diesmal als Erfolgsrezept für den Wahlsieg der CDU.

Im Laufe des Wahlkampfes wurden 15 zentrale Großveranstaltungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl durchgeführt, außerdem rund 200 Veranstaltungen mit Bundesrednern. Die Kreisverbände sowie die regionalen Verbände wurden von der Bundesgeschäftsstelle mit zusätzlichem Wahlkampfmaterial ausgestattet.

2.2 Hessen

Im Rahmen des Bundesrednereinsatzes fanden in Hessen 204 Veranstaltungen statt, die von 31 Politikern bestritten wurden. Sechs zentrale Wahlkampfkundgebungen wurden mit dem Parteivorsitzenden veranstaltet. Über die Bundesgeschäftsstelle wurden 4.750 Plakate bestellt, darüber hinaus sind aufgrund der Kostenregelung zahlreiche Bestellungen direkt durch die Kreisverbände erfolgt.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit gestaltete für jeden Landtagskandidaten zwei Seiten in der Wahlkampfzeitung "Hessen vorn".

2.3 Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz haben 37 Bundespolitiker insgesamt 146 Veranstaltungen durchgeführt. Allein 15 zentrale Wahlkampfkundgebungen wurden mit dem Parteivorsitzenden veranstaltet. Die Kreisverbände haben die entsprechenden Ankündigungsplakate direkt bestellt.

2.4 Hamburg

Zehn Bundespolitiker haben vom 6. April 1991 an auf 16 Veranstaltungen in der Hansestadt gesprochen. Die zentrale Wahlkampfkundgebung mit dem Parteivorsitzenden fand am 28. Mai 1991 statt.

Mitarbeiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit unterstützten den Landtagswahlkampf beim

Telefoncanvassing. Die Durchführung moderner Wahlkampfformen wurde ebenfalls aus Bonn personell unterstützt: Ein Team der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit organisierte gut besuchte Talkshows mit dem Spitzenkandidaten.

2.5 Bremen

Im kleinsten Bundesland waren im September 1991 neben dem Parteivorsitzenden, der die zentrale Wahlkampfkundgebung am 25. September bestritt, weitere vier Bundespolitiker zu Gast.

Eine Telefoncanvassing-Aktion des Landesverbandes wurde mit einer Schulung durch die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet und bei der Durchführung aktiv unterstützt. Ebenfalls gestaltete die HA Öffentlichkeitsarbeit die Bremer Wahlkampfzeitung der CDU und leistete Hilfe bei der Erstellung weiterer Wahlkampfwerbemittel.

2.6 Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg haben 27 Bundespolitiker von Januar 1992 bis zum Wahltag 147 Veranstaltungstermine wahrgenommen. Sieben zentrale Wahlkampfkundgebungen wurden vom Parteivorsitzenden Helmut Kohl bestritten. Zur Ankündigung hatten die Kreisverbände insgesamt 7.100 Bildplakate bestellt.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hat beratend an den Sitzungen der Wahlkampfkommission teilgenommen. Neue Wahlkampfformen standen dabei im Mittelpunkt. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes hat die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Schulungs-Seminaren zum Telefoncanvassing durchgeführt.

Im Verlauf des Wahlkampfes erstellte die Bundesgeschäftsstelle in enger Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle fast täglich Flugblattvorlagen zu aktuellen Themen. Mit einem Sonderverteiler des computergesteuerten Infifax-Dienstes konnten die Kreisverbände schnellstens mit neuen Informationen versorgt werden.

2.7. Schleswig-Holstein

Im Rahmen des Bundesrednereinsatzes fanden in Schleswig-Holstein von Januar 1992 bis zum Wahltag 183 Veranstaltungen statt, die von 39 Politikern bestritten wurden. Fünf zentrale Wahlkampfkundgebungen fanden mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl statt. Über die CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden insgesamt 1350 Bildplakate bestellt.

Im Vorfeld des Wahlkampfes vermittelte die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit den Landtagskandidaten in einem ganztägigen Seminar Informationen über aktuelle und bürgernahe Wahlkampfformen. Es erfolgten ebenfalls Beratungen zum Thema Telefonmarketing.

Während des Wahlkampfes wurden in gemeinsamen Arbeitsgruppen aktuelle Flugblatttexte erarbeitet, die den Kreisgeschäftsstellen per Fax als Druckvorlage zugestellt wurden. Auch für Schleswig-Holstein wurde ein separater Infifax-Verteiler eingerichtet.

IV. Bundesgeschäftsstelle

1. Kommissionen des Bundesvorstandes

1.1 Grundsatzprogramm-Kommission

Der Bundesvorstand hat gemäß dem Auftrag des Hamburger Parteitages auf seiner Klausurtagung am 22./23. Februar 1991 in Mayschoss eine Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, das Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 "zu überprüfen und fortzuschreiben". Nach dem Rücktritt des Vorsitzenden Lothar de Maizière wurde Dr. Reinhard Göhner MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, mit dem Vorsitz beauftragt; Stellvertreter sind Dr. Maria Böhmer MdB und Staatsminister Arnold Vaatz, Sachsen.

Die Kommission arbeitet in sechs Kommissionsgruppen in Anlehnung an die Schwerpunktthemen und Kapiteleinteilungen des alten Programmes:

- In der Kommissionsgruppe I geht es darum, die Grundlagen christlich-demokratischer Politik aufzuzeigen (Sprecher: Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Roland Koch MdL).
- In der Kommissionsgruppe II wird der soziale und gesellschaftliche Wandel, z.B. in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung der Frau, Rolle älterer Menschen, behandelt. Dabei geht es u.a. um die Verbindung von Freiheit und Verantwortung, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und unsere Kultur (Sprecherin: Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB).
- Die Kommissionsgruppe III ergänzt ausgehend von einer Stärkung der Marktwirtschaft das Modell der Sozialen Marktwirtschaft um die ökologische Komponente. Unter

dem Zielwert "Umbau statt Ausbau" geht es um die neuen Prioritätensetzungen in der Sozialpolitik angesichts neuer Aufgaben und geänderter Rahmenbedingungen (Sprecherin: Dr. Maria Böhmer MdB).

- Die Kommissionsgruppe IV behandelt u.a. die Bereiche innere Sicherheit, Rolle der Parteien, Überlastung des Rechtsstaates und Zusammenleben mit Ausländern (Sprecherin: Erika Steinbach-Hermann MdB).
- In der Kommissionsgruppe V wird die neue internationale Verantwortung Deutschlands der veränderten Weltlage entsprechend aufgezeigt. In einem Unterkapitel werden unser europapolitischen Zielvorstellungen erläutert (Sprecher: Dr. Ottfried Hennig MdL).
- In der Kommissionsgruppe VI wird ausgehend vom Schöpfungsbegriff das neue Prinzip der Gesamtvernetzung von Mensch, Natur und Umwelt entfaltet. Dies umschließt sowohl das Bekenntnis zum wirkungsvollen nationalen Umweltschutz und ethisch verantworteten Einsatz von Wissenschaft und Technik als auch die internationale Umweltvorsorge und Entwicklungspartnerschaft (Sprecher: Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB).

Die Kommissionsgruppen stehen kurz vor dem Abschluß ihrer Arbeit. In vier eintägigen Klausurtagungen wurde von Februar bis Mai 1992 der Textentwurf der sechs Kapitel nach intensiver Vorarbeit der jeweiligen Kommissionsgruppen in erster Lesung beraten. Die zweite Lesung erfolgte während einer Klausurtagung vom 3.-4. Juli 1992 in Bonn unter Teilnahme des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Von Juli bis September 1992 erfolgte die redaktionelle Überarbeitung der Textentwürfe, so daß nach den Sitzungen der Kommissionsgruppen Ende September/ Anfang Oktober die

dritte Lesung des Grundsatzprogramm-Entwurfes vom 19.-21. November 1992 in Berlin stattfinden kann.

Der methodische Zugang des Gesamtprogramms wie der einzelnen Themenfelder erfolgt problemorientiert. Dabei werden die Grundlagen christlich-demokratischer Politik entfaltet und Perspektiven für Problemlösungen aufgezeigt.

In Veranstaltungen hat die Grundsatzprogramm-Kommission den Dialog mit der Partei und der Öffentlichkeit gesucht und für eine offene Diskussion geworben. Gleichzeitig wurde der Partei eine Zusammenstellung von Mitgliedern der Grundsatzprogramm-Kommission zugeleitet, die als Redner zu bestimmten Themen zur Verfügung stehen. Im einzelnen wurden durchgeführt:

- Tagung zum Thema "Die CDU diskutiert ein neues Grundsatzprogramm: Was erwarten Sie?" am 12. Oktober 1991 in Weimar
- Abendveranstaltung zum Thema "Die Bedeutung des 'C'" am 27. November 1991 in Bonn
- Podiumsdiskussion zum Thema "Versagt der Staat im Bewußtsein seiner Bürger?" am 19. März 1992 in Bonn
- Podiumsdiskussion zum Thema: "Deutschlands Verantwortung in der Welt" am 26. Mai 1992 in Bonn
- Fachkonferenz zum Thema "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" am 12. Juni 1992 in Frankenthal

Nach der Dritten Lesung des Grundsatzprogramm-Entwurfes vom 19.-21. November wird die Grundsatzprogramm-Kommission ihren Entwurf dem Parteivorstand zuleiten. Im Januar 1993 soll dann der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der Partei und der Öffentlichkeit vorgestellt werden, und im Februar 1994 soll das neue Grundsatzprogramm auf einem Parteitag beschlossen werden.

1.2 Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes

Der Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung am 22./23. Februar 1991 in Mayschoss eine Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes eingesetzt. Den Vorsitz der Kommission übernahm Bundesminister Dr. Norbert Blüm, seine Stellvertretung lag bei Staatsminister Anton Pfeifer. Die Kommission tagte dreimal; sie führte eine Anhörung von Sachverständigen aus den Bereichen Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung, Ärzteschaft, Wirtschaft, Handwerk und Gewerkschaft durch. Die Kommission hat dem Bundesvorstand als Beratungsergebnis Eckpunkte für ein Pflegeversicherungskonzept vorgelegt, die auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 31.5./1.6.1991 in Windhagen diskutiert wurden.

1.3 Kommission "Schutz des ungeborenen Kindes"

Der Bundesvorstand hat in seiner Klausurtagung am 22./23. Februar 1991 eine Kommission "Schutz des ungeborenen Kindes" eingesetzt. Den Vorsitz der Kommission übernahm Bundesministerin Hannelore Rönsch; ihre Stellvertretung lag bei Bundesministerin Dr. Angela Merkel. Die Kommission hatte den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten zur Umsetzung der in Artikel 31 Absatz 4 des Einigungsvertrages getroffenen Vereinbarung zur Neuregelung des Schutzes des vorgeburtlichen Lebens sowie der verfassungskonformen Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen.

Die Kommission hat in vier Arbeitssitzungen Grundsätze zur Neufassung des § 218 StGB, zur Ausgestaltung sozialer Hilfen für Schwangere und zur Verwirklichung eines umfassenden Beratungsangebotes formuliert. Diese Grundsätze fanden Eingang in die Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

1.4 Organisationskommission

Der Bundesvorstand der CDU hatte in seiner Sitzung am 22./23. Februar 1991 eine Organisationskommission eingesetzt.

Aufgabe dieser Kommission war es, entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitages in Hamburg vom 1. Oktober 1990 die Organisationsstruktur und das Satzungsrecht der CDU in ganz Deutschland zu überprüfen sowie dem Bundesvorstand Vorschläge für etwaige Änderungen zu machen. Gegenstand der Überprüfung waren insbesondere die künftige Zusammensetzung der Organe der Bundespartei (Bundesvorstand, Bundesausschuß, Bundesparteitag) sowie die bisherigen Regelungen über die Exil-CDU.

Die Organisationskommission sollte außerdem überprüfen, inwieweit die Beschlüsse des 37. Bundesparteitages in Bremen konkret umgesetzt worden sind. Sie hat dem Bundesvorstand Vorschläge unterbreitet, wie u. a. Defizite in der Mitgliederstruktur ausgeglichen und die Parteiarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit der CDU verbessert werden können.

Die Kommission wurde unter Vorsitz von Generalsekretär Volker Rühle am 29. Mai 1991 konstituiert. In drei Arbeitsgruppen wurden Vorschläge für den Abbau der Mitgliederstrukturdefizite, zur Verbesserung der Ansprache von Jugendlichen und Frauen sowie zur Verbesserung der Orts- und Kreisverbandsarbeit entwickelt. Im einzelnen ging es dabei um folgende Aufgabenbereiche:

- Abbau der Mitgliederstrukturdefizite

Vorbereitung einer Mitgliederwerbemaßnahme für die Gesamtpartei. Wie kann die Partei für Arbeitnehmer, junge Menschen, Frauen, Mittelstand, Intellektuelle u.a. attraktiver werden?

- Attraktivität der CDU für jugendliche Zielgruppen

Wie gelingt es der CDU, für Jugendliche, junge Frauen, junge Arbeitnehmer, Studentinnen und Studenten attraktiver zu werden? Wie werden mehr jüngere Parteimitglieder zur Mandatsannahme motiviert? Wie wird der Führungsnachwuchs der CDU gefördert?

- Maßnahmen zur Verbesserung der Orts- und Kreisverbandsarbeit

Wie werden die Bremer Beschlüsse und die dort angeregten Maßnahmen durchgeführt? Sind sie ausreichend? Inwieweit sind neue Formen der Parteiarbeit verbindlich durchzusetzen? Welche Schulungsmaßnahmen sind erforderlich für:

- die Vorsitzenden in den Orts- und Kreisverbänden
- die Mandatsträger auf allen Ebenen
- die hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen?

Parallel zur Arbeit der Organisationskommission hat die Bundesgeschäftsstelle damit begonnen, konkrete Maßnahmen für eine moderne Parteiarbeit zu erproben. Auf geänderte Verhaltensweisen, Lebensstile und Wertvorstellungen muß die CDU reagieren. Dazu gehören neue Möglichkeiten, in der Partei mitzuarbeiten und neue Formen der Bürgeransprachen. Folgende Maßnahmen wurden u.a. in Angriff genommen:

Modellversuche zur Zielgruppenansprache

Die Bundesgeschäftsstelle will mit Hilfe ausgesuchter Modellaktionen die Verbände insgesamt auf die Notwendigkeit und Machbarkeit neuer Formen der Parteiarbeit hinführen. Mit Veranstaltungen, die sich zur Zeit in der Entphase der Vorbereitung befinden, sollen neue Wege zum Bürger getestet werden.

Besonderes Augenmerk richtet sich auf die Gruppen Frauen und Jugend. Dort hat die CDU die meisten Defizite. In enger Zusammenarbeit mit Landes- und Kreisverbänden werden Schritt für Schritt entsprechende Modelle entwickelt und auch verwirklicht. Das Ergebnis wird veröffentlicht und mit Hilfe von Aktionsleitfäden den übrigen Verbänden zur Nachahmung empfohlen werden. Nur ein zielgruppenorientiertes Vorgehen bietet eine Chance auf erfolgreiche Werbung neuer Mitglieder.

Ein gelungenes Beispiel für eine neue Form der Parteiarbeit ist die Berufung von Umweltbeauftragten in den Kreisverbänden und die Herausgabe des speziellen Informationsdienstes "Umweltreport" durch die Bundesgeschäftsstelle. Damit ist ein Modell geschaffen worden, das politische Profil der CDU in einem wichtigen Themenbereich vor Ort dazustellen.

Verbesserung der Kommunikation zwischen Bundespartei, Landesverbänden, Kreis- und Ortsverbänden

Im UID und im Union-Magazin wird jetzt regelmäßig über Erfahrungen mit erfolgreichen Modellen der Parteiarbeit berichtet. Erforderlich ist dazu auch, daß die Parteigliederungen regelmäßig alle notwendigen Informationen an die Bundesgeschäftsstelle geben. Die Bundesgeschäftsstelle und die Publikationen der Bundespartei sollen eine Drehscheibe für den Meinungsaustausch zwischen den Parteigliederungen über neue Formen der Parteiarbeit sein.

Seminare für Wahlkämpfer

Neben den klassischen Methoden der Wahlkampfwerbung müssen für eine erfolgreiche Kampagne stärker denn je die Erkenntnisse des politischen Marketing genutzt werden. Dazu dient die Reihe von Seminaren für Wahlkämpfer, die auf diese Weise für die große Zahl von Wahlkämpfern im

Jahre 1994 fit gemacht werden sollen. Die Seminare stellen an die Teilnehmer, die später vor Ort eigene Schulungen durchführen sollen, hohe Anforderungen. Die Seminare-Reihe wird sich über das ganze Jahr 1993 erstrecken.

(Über die Seminare zur Mitarbeiterschulung wird ausführlich im Abschnitt I "Aufbau der neuen Landesverbände" berichtet.)

1.5 Agrarkommission

Der Bundesvorstand hat gemäß einem Beschluß des Dresdner Parteitages auf seiner Sitzung am 3. Februar 1992 in Bonn eine Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, ein Konzept zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und zur Stabilisierung des ländlichen Raumes nach den GATT-Verhandlungen zu erarbeiten. Den Vorsitz der Kommission übernahm Reimer Böge MdEP, Stellvertreter sind Ulrich Junghanns MdB und Dr. h.c. Gerhard Weiser, Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baden-Württemberg. Die Kommission hat bislang viermal getagt, sie hat ein Forum mit Fachleuten aus Wissenschaft, Industrie und landwirtschaftlichen Verbänden durchgeführt.

Aus den Ergebnissen der Vorschläge der Landesverbände, des Forums und der Diskussion in der Kommission hat eine Redaktionsarbeitsgruppe im August 1992 einen Entwurf für ein Agrarkonzept der CDU vorgelegt. Auf dieser Grundlage wird die Kommission unter Berücksichtigung der noch nicht abgeschlossenen GATT-Verhandlungen und der EG-Agrarreform ihre Arbeit fortsetzen und den vorliegenden Entwurf überarbeiten. Ziel ist es, auf dem nächsten Parteitag das fertige Konzept abschließend beraten und verabschieden zu können.

Die Kommission ist bei der Erstellung ihres Entwurfes von folgenden Grundüberlegungen ausgegangen:

- Ziel muß es sein, leistungs- und entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten und zu fördern.
- Langfristig hat die Landwirtschaft in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftswelt nur eine Zukunft, wenn die Agrarpolitik wieder stärker als bisher an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet wird.
- Damit die deutsche Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb bestehen kann, dürfen betriebliche Anpassung und Strukturwandel nicht behindert werden.
- Der Strukturwandel muß sozialverträglich gestaltet werden, unter besonderer Berücksichtigung umwelt- und regionalpolitischer Belange.

Die Kommission wird ihren neuen Entwurf auf breiter Grundlage mit den Parteigliederungen und der landwirtschaftlichen Fachwelt diskutieren, unter besonderer Berücksichtigung der Belange der neuen Bundesländer.

1.6 Kommission Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 14. Dezember 1990 in Dresden beschlossen, eine Kommission "Vermögensbildung" einzusetzen. Zur Vorbereitung der Arbeit einer solchen Arbeit hat das Präsidium der CDU ihr Mitglied, Christa Thoben, den Auftrag erteilt, bereits vorliegende Vorschläge aus Wissenschaft, Politik und Verbänden zu analysieren und Vorschläge für das weitere Verfahren zu entwickeln. Auf der Grundlage der von Frau Thoben und einer von ihr geleiteten Arbeitsgruppe geleisteten Vorarbeiten wird sich der neugewählte Bundesvorstand weiter mit dem Thema Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand beschäftigen.

1.7 Bildungspolitische Kommission

Der 2. Parteitag hatte dem Bundesvorstand einen Antrag überwiesen, in dem gefordert wurde, eine Kommission einzurichten, die ein Konzept zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre erarbeiten soll. Zur Vorbereitung der konzeptionellen Arbeit wurde die Durchführung eines Fachkongresses vorgeschlagen. Eine endgültige Beschlußfassung sollte auf einem Bundesparteitag erfolgen.

Zur Umsetzung dieser Überweisung hat der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 18. Mai 1992 eine Kommission eingesetzt. Die Leitung der Kommission übernahm der Vorsitzende des Landesverbandes Hessen, Manfred Kanther MdL.

Der Bundesvorstand übertrug der Kommission die Aufgabe, den bildungspolitischen Programmbedarf der CDU angesichts des Wandels in Deutschland und Europa zu überprüfen und Vorschläge für eine zeitgemäße Lösung zu erarbeiten. Dieser Auftrag bezog sich auf die Bildungspolitik insgesamt und umfaßte in gleicher Weise die Bereiche Schule, Hochschule, Berufsbildung und Weiterbildung sowie die Umsetzung des Dresdner Parteitagsbeschlusses, in ganz Deutschland zu einer Verkürzung der im europäischen Vergleich überlangen Ausbildungszeiten zu kommen.

Die Kommission hat ihre Arbeit von Beginn an in enger Kooperation mit dem Bundesfachausschuß Kulturpolitik unter Leitung von Dr. Georg Gölter MdL gestaltet. Der vom Bundesfachausschuß erstellte Programmentwurf "Für eine Humane Leistungsschule und ein differenziertes Hochschulsystem" wurde als Diskussionsgrundlage für die programmatische Arbeit im Hinblick auf einen Parteitagsbeschluß übernommen.

Die Kommission hat einen umfangreichen Arbeitsplan einschließlich inhaltlicher Vorgaben zur Durchführung

eines bildungspolitischen Kongresses verabschiedet. Der Kongreß soll ausgewählte Kernfragen der Bildungspolitik aufgreifen, zu denen aktueller politischer Handlungsbedarf besteht, weil die bildungspolitischen Entwicklungen in Deutschland auseinanderlaufen und einvernehmliche Positionen der Union nachgefragt sind. Der Kongreß soll folgende thematische Schwerpunkte setzen:

- Schule im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Leistungserfordernissen und individueller Erwartung
- Familie und Schule im Wandel
- Ausbildung und Arbeitswelt
- Hochschule als Leistungssystem und Bildungsstätte.

Grundlage der Kongreßarbeit sollen Thesenpapiere bilden, die zu einer breiten Diskussion kontroverser Meinungen anregen sollen. Diese Papiere wurden einvernehmlich von der Kommission verabschiedet.

Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik wird im Lichte der Kongreßergebnisse dem Bundesvorstand den Entwurf eines bildungspolitischen Leitantrages an den Parteitag vorlegen.

Der Bundesvorstand hat dem Arbeitsbericht der Kommission am 5. Oktober 1992 zugestimmt. Die Durchführung des Kongresses ist für Anfang 1993 geplant.

1.8 Bundesfinanzkommission

Auf dem 37. Bundesparteitag der CDU im September 1989 in Bremen war der Bundesvorstand beauftragt worden, durch eine Kommission, in die Vertreter aller CDU-Landesverbände berufen werden sollten, die Probleme einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung innerhalb der Gesamtpartei sowie den Finanzbedarf der Bundespartei untersuchen zu lassen. Die Kommission hatte im Dezember 1989 unter Vorsitz von Jürgen Wohlrabe ihre Arbeit aufgenommen und mehrfach getagt. Seit Ende 1990 gehören der

Bundesfinanzkommission auch Vertreter der neuen Landesverbände an.

Die konstituierende Sitzung der erweiterten Bundesfinanzkommission fand im April 1991 statt. In den dann folgenden Beratungen hat sich die Kommission ausführlich mit dem Bundestagswahletat und den laufenden Etats der Jahre 1991 und 1992 für die CDU-Bundesgeschäftsstelle beschäftigt. Sie war ferner beteiligt an der Entscheidung über die Bezuschussung von Geschäftsstellen und Einrichtungen in den neuen Bundesländern.

Eine abschließende Empfehlung zum parteiinternen Finanzausgleich konnte die Kommission bisher nicht erarbeiten, weil in der Zwischenzeit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 vorliegt und zunächst die sich daraus ergebenden neuen Gesetzesvorschriften zur Parteienfinanzierung abgewartet werden müssen.

2. Bundesfachausschüsse

Mit Beschluß des Bundesvorstandes vom 23. Februar 1991 wurde entschieden, wieder 20 Bundesfachausschüsse einzusetzen; der BACDJ führt seine Arbeit fort. Allerdings wurde die Anzahl der Mitglieder auf 35 begrenzt. Zum ersten Mal wurden in die Fachausschüsse Mitglieder aus den neuen Landesverbänden berufen. Die gemeinsame Arbeit in den Bundesfachausschüssen ist ein wichtiger Beitrag zur inneren Einheit der CDU.

(1) **Bundesfachauschuß Innenpolitik**

Vorsitzender: Johannes Gerster MdB (LV Rheinland-Pfalz)
Stellvertreter: Heinz Paus MdL (LV Nordrhein-Westfalen)
Dr. Lutz-Rainer Senglaub (LV Thüringen)
Geschäftsführer: Dr. Klaus Schüler

Arbeitsgruppen:

- Innere Sicherheit/Polizei
- Ausländerpolitik
- Öffentlicher Dienst

Beschlüsse:

- Erklärung zur Asylrechtsdiskussion (19. September 1991)
- EntschlieÙung zur Kündigung, Einstellung oder Weiterbeschäftigung von ehemaligen Angehörigen der Stasi und zur sog. Regierungs- und Vereinigungskriminalität (11. Dezember 1991)
- EntschlieÙung zur Regierungs- und Vereinigungskriminalität (12. März 1992)
- EntschlieÙung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des illegalen Rauschgifthandels (17. Juni 1992)

(2) Bundesfachausschuß Sportpolitik

Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter: Cordula Schubert (Brandenburg)
Michael Sauer (Rheinland-Pfalz)

Geschäftsführerin: Edelgard Schönau

Arbeitskreise:

- Leistungssport
- Programmkommission
- Sport für Senioren
(gemeinsamer Arbeitskreis von BFA Sport und Senioren-Union)

Schwerpunktthemen:

- Aktualisierung des Sportprogramms der CDU
- Förderung des Sports in den neuen Ländern
- Ehrenamt im Sport
- Doping
- Kinder- und Jugendsportschulen/Nachwuchsförderung
- Internationale Sportpolitik
- Schulsport

- Spitzensportförderung
- Sport für Senioren

Beschluß:

- Beschluß zur Sportförderung in den neuen Bundesländern (21. November 1991)

(3) Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender: Dr. Georg Göltner MdL (Rheinland-Pfalz)
Stellvertreter: Hildegard Matthäus MdL (NRW)
Dr. Michael Luther MdB (Sachsen)
Geschäftsführer: Dr. Clemens Kopp (1/1992 bis 7/1992)
Karsten Matthis (seit 8/1992)

Arbeitskreise:

- Schule
- Hochschule
- Kultur

Schwerpunktthemen:

- Bildungspolitik (Hauptschule, Strukturfragen, berufliche Bildung)
- Hochschule
- Kulturpolitik im vereinten Deutschland
- Weiterbildung
- Lehrerbildung

Beschlüsse:

- "Bildung und Ausbildung in unserer freiheitlichen Gesellschaft: Für die Humane Leistungsschule und ein differenziertes Hochschulsystem" (9. Juni 1992)
- Aktionsprogramm zur Verkürzung der Studienzeiten und zur Verbesserung der Lehre (5. Oktober 1992)

(4) Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitzender: Kersten Wetzel MdB (Thüringen)
Stellvertreter: Eckart von Klaeden (Niedersachsen)
Madeleine Göhring MdHB (Hamburg/bis Mai 1992)
Geschäftsführer: Birgit Schneider (Juli bis Sept. 1991)
Dr. Clemens Kopp (von Mitte Januar 1992 bis Ende Juli 1992)
Karsten Matthis (ab August 1992)

Arbeitskreise:

- Tageseinrichtungen für Kinder
- Jugendeinrichtungen
- Jugendschutz

Schwerpunktthemen:

- Vorbereitung des jugendpolititischen Kongresses der CDU am 2./3. Oktober 1991 in Schwerin
- Konzepte der Jugendhilfe
- Situation von Jugendlichen, insbesondere in den neuen Bundesländern

(5) Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzende: Christa Thoben (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Dr. Dieter Murmann (Schleswig-Holstein)
Peter Jakoby MdL (Saarland)
Geschäftsführer: Michael Alber

Arbeitsgruppen:

- Grundsätze einer Reform der Unternehmensbesteuerung
- Europäischer Binnenmarkt

Schwerpunktthemen:

- Wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern
- Pflegeversicherung
- Vertrag zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von Maastricht

- Wirtschaftsstandort Deutschland
- Unternehmensbesteuerung
- Geldwertstabilität

Beschlüsse:

- Die Rolle von Beschäftigungsgesellschaften in den neuen Bundesländern (21. November 1991)
- Sicherung der Geldwertstabilität (26. März 1992)
- Zu Artikel 130 "Industrie" des Vertrages von Maastricht (13. Mai 1992)

(6) Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Richard Bayha MdB (Hessen)

Stellvertreter: Staatssekretär Klaus Gille (Sachsen-Anhalt)
Dr. Hedda Meseke MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführerin: Marion Wiese

Schwerpunktthemen:

- Grundzüge für ein neues Agrarkonzept für das wiedervereinigte Deutschland
- Rechts- und Betriebsformen in der gesamtdeutschen Landwirtschaft
- Landwirtschaft und Umweltschutz
- Alternative Einkommensmöglichkeiten für Landwirte
- Erhaltung und Weiterentwicklung des ländlichen Raumes
- Neuorientierung der EG-Agrarpolitik
- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- GATT-Verhandlungen und ihre Folgen für die nationale und europäische Agrarpolitik

Aktionen:

- Aktion "Ländlicher Raum" im Vorfeld der Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

(7) Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender: Werner Dörflinger MdB (Baden-Württemberg)
Stellvertreter: Staatssekretär Wolfgang Branoner (Berlin)
Dr. Klaus Mildner MdB (Sachsen-Anhalt)
Geschäftsführer: Jürgen KammeI

Schwerpunktthemen:

- Neuordnung der Wohnungsbauförderung
- Baulandmobilisierung
- Förderung des Werkwohnungsbaus
- Anpassung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau
- Problem der Fehlbelegung von Sozialwohnungen
- Wohneigentumsförderung
- Altschuldenproblematik in den neuen Bundesländern
- Bauen und Umwelt
- Verbesserung und Verstetigung der Rahmenbedingungen für private Investitionen im Wohnungsbau

(8) Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dirk Fischer MdB (Hamburg)
Stellvertreter: Heinz Hardt MdL (NRW)
Thomas Kretschmer MdL (Thüringen)
Geschäftsführer: Jürgen KammeI

Schwerpunktthemen:

- Bundesverkehrswegeplanung (einschließlich Fragen der privatwirtschaftlichen Finanzierung von Verkehrswegen)
- Strukturreform der Eisenbahn
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Deregulierung und Reform der Verkehrsmarktordnung (Anpassung an den EG-Binnenmarkt)
- Intelligente Verkehrslenkung/ Verkehrsmanagement
- Verkehrssicherheit

Beschluß:

- Thesen zur Strukturreform von Deutscher Bundesbahn (DB) und Deutscher Reichsbahn (DR)

(9) Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender: Ludwig Gerstein (NRW)
Stellvertreter: Volker Ebermann (Sachsen) bis 26.8.1992
Dr. Marcus Mattis (Baden Württemberg)
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppe: Umwelt und Energie (gemeinsam mit dem
Bundesfachausschuß Umweltpolitik)

Schwerpunktthemen:

- Energiepolitisches Gesamtkonzept
- Akzeptanz von Großtechnologien
- Energieversorgung der neuen Bundesländer

Aktionen: Arbeitsbesuch im Lausitzer Braunkohlegebiet vom
19.-21. August 1991

Anhörung: Akzeptanz von Großtechnologien - Voraussetzung für
den Industriestandort Deutschland (29. April 1992)
Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

Beschluß:

- Anforderungen an ein energiepolitisches Gesamtkonzept der
Bundesregierung

(10) Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdL (Niedersachsen)
Stellvertreter: Roland Salchow MdHB (Hamburg)
Dr. Petra Uhlmann (Mecklenburg-Vorpommern)
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppen für folgende Schwerpunktthemen:

- Umwelt und globale Verantwortung
- Umwelt und Verkehr
- Elbe und grenzüberschreitender Umweltschutz

- Naturschutz
- Umwelt und Energie (Gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Bundesfachausschuß Energiepolitik)
- Chemische Substanzen und Stoffe

Beschlüsse:

- Magdeburger Eckpunkte zur Umweltpolitik im geeinten Deutschland (27. Juni 1991)
- Umwelt und globale Verantwortung. Gemeinsamer Beschluß mit dem Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik (18. März 1992)
- Die Sanierung der Elbe - deutsche und internationale Verpflichtung (25. August 1992)

Anhörungen:

- Umwelt und globale Verantwortung (9. Januar 1992)
- Ist der Verkehrsinfarkt vermeidbar? - Wege zu einem umweltverträglichen Verkehrswesen (1. September 1992)

(11) Bundesfachausschuß Frauenpolitik

Vorsitzende: Dr. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)
Stellvertreterinnen: Christine Arlt-Palmer (Baden-Württemberg)
Karin Hübeler (Thüringen)
Geschäftsführerin: Ulrike Nolte
(z.Zt. Heike Höf)

Arbeitsgruppen:

- Stellenwert der Frauenpolitik in der CDU
- Nichtsozialversicherungspflichte Arbeitsverhältnisse
- Verfassungsänderungen
- Änderung des Personalvertretungsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes
- Familiensplitting (gemeinsam mit dem BFA Familienpolitik)

Schwerpunktthemen:

- Situation der Frauen und Familien in den neuen Bundesländern
- Gleichstellungspolitik in der Kommune
- Änderungen von Artikeln des Grundgesetzes aus frauenpolitischer Sicht
- Nichtsozialversicherungspflichten
Beschäftigungsverhältnisse
- Fremdheit der Frau in der Politik
- Politikverständnis von Frauen
- Gleichberechtigungsgesetz
- Frauenpolitik der Bundesregierung
- Zielvorgaben und Quoten im Verfassungsrecht
- Alleinerziehende und einkommensschwache Familien
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

Beschlüsse:

- Empfehlungen zur Familienpolitik für das CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990 (gemeinsam mit BFA Familienpolitik)
- Zahlung eines vorgeburtlichen Babygeldes
- Vorschläge zur Änderung der Grundgesetzartikel 3 und 6
- Entwurf des Diskussionspapiers "Stellenwert der Frauenpolitik in der CDU und ihre innerparteiliche Umsetzung"

(12) Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vorsitzende: Maria Michalk MdB (Sachsen)
Stellvertreterinnen: Birgit Schnieber-Jastram MdHB (Hamburg)
Franz Wieser MdL (Baden-Württemberg)
Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Arbeitsgruppen:

- Familie und Arbeitswelt
- Familiensplitting

Schwerpunktthemen:

- Perspektiven einer gesamtdeutschen Familienpolitik
- Familienpolitik der Länder
- Regionale und örtliche Familienpolitik
- Familienlastenausgleich
- Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Pflege in der Familie
- Kinderbetreuung
- Vielfalt der Familienformen

Beschlüsse:

- Empfehlungen zur Familienpolitik für das CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990 (gemeinsam mit BFA Frauenpolitik)
- Zahlung eines vorgeburtlichen Babygeldes

(13) Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender: Hermann-Josef Arenz MdL (NRW)
Stellvertreter: Minister Dr. Frank-Michael Pietzsch MdL
(Thüringen)
Sylvia Welzig (Brandenburg)
Geschäftsführer: Jürgen Clausius (bis 1. Dezember 1991)
Klaus-Hermann Rößler (ab 1. Dezember 1991)

Arbeitsgruppen:

- Pflege
- Umbau des Sozialstaates
- Soziale Einheit
- Soziales Europa

Schwerpunktthemen:

- Materielle und ideelle Aufwertung der Pflegeberufe und Aufbau der notwendigen Pflege-Infrastruktur
- Erarbeitung eines Konzeptes "humaner Sozialstaat"
- Aufbau der sozialpolitischen Infrastruktur in den neuen Bundesländern

- Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern
- Europäische Sozialunion
- Erarbeitung eines Konzeptes "Humaner Sozialstaat", "Neue Kultur des Helfens"
- Konzept zum sozialpolitischen Teil des Entwurfs für das neue Grundsatzprogramm der CDU
- Perspektiven der Sozialversicherung im vereinigten Deutschland
- Reform des Sozialhilferechtes
- Behindertenpolitik in den neuen Bundesländern

(14) Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender: Bernhard Jagoda MdB (Hessen)
Stellvertreter: Sabine Klenke MdL (Sachsen-Anhalt)
 Prof. Dr. med. Ulf König (NRW)
Geschäftsführerin: Gerda Lübbert

Arbeitsgruppen:

- Krankenhausfinanzierung
- Prävention

Schwerpunktthemen:

- Ärztliche Ausbildung
- Prävention
- Finanzierung des Gesundheitswesens
- Medizinische Versorgung in den neuen Bundesländern.
- Europäischer Binnenmarkt und Auswirkungen auf die deutsche Gesundheitspolitik

Beschluß:

- Grundsätze zur Reform des Studiums der Medizin mit dem Berufsziel "Arzt" (Medizinerausbildung)

(15) Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)
Stellvertreter: Dr. Burkhard Dobiay (Nordrhein-Westfalen)
Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)
Geschäftsführer: Mechthild Tewinkel (bis 11. November
1991)
Klaus Welle (ab 11. November 1991)

Arbeitskreise:

- Reform der UNO
- Deutsche Außenpolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa
- Grundsatzprogrammreform

Schwerpunktthemen:

- Deutschlands Verantwortung in der Welt
- Perspektiven der europäischen Integration
- Aufbau einer europäischen Friedensordnung
- Osteuropa und Sowjetunion
- Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen
- Menschenrechte und Schutz von Minderheiten
- Bewältigung weltweiter Herausforderungen:
regionale Krisen und Konflikte, Flüchtlingsströme,
Untereentwicklung und Armut, Umweltzerstörung
- Regionalschwerpunkt Türkei

Stellungnahmen, Beschlüsse:

- Erklärung zur Stärkung und Erweiterung der Rolle des Europäischen Parlaments (18. November 1991)
- Presseerklärungen zu den Themen Maastricht, EG-Erweiterung, Kriegsflüchtlinge, Bundeswehreinsatz in der Adria, NAFTA

(16) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär Hans-Peter Repnik
MdB (Baden-Württemberg)

Stellvertreter: Anne-Karin Glase (Brandenburg)
Dr. Volkmar Köhler MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführer: Mechthild Tewinkel (bis 30. Juni 1992)
Winfried Weck (seit 1. August 1992)

Arbeitskreise:

- Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Handel und Entwicklung/Marktwirtschaft und Entwicklung
- Kultur und Entwicklung
- Dialog mit den Kirchen
- Migration
- Osteuropa
- Parteiarbeit

Schwerpunktthemen:

- Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe
- Bevölkerungsproblem
- Förderung von Frauen
- Politische Reformen in Afrika und Lateinamerika
- Menschenrechte
- Stärkung der Parteiarbeit
- Bildung in Entwicklungsländern

Beschlüsse:

- "Umwelt und globale Verantwortung", gemeinsam mit dem Bundesfachausschuß Umweltpolitik (18. März 1992)
- "Unsere Verantwortung gegenüber Mittel- und Osteuropa sowie der Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (24. Juni 1992)

(17) Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Otto Hauser MdB (Baden-Württemberg)
Stellvertreter: Ulrich Adam MdB (Mecklenburg-Vorpommern)
Thomas Kossendey MdB (Niedersachsen)

Geschäftsführer: Mechthild Tewinkel (bis 30. Juni 1992)
Winfried Weck (seit 1. August 1992)

Schwerpunktthemen:

- globale Friedenssicherung und Krisenmanagement
- Zukunft der Bundeswehr: erneuerter Auftrag, Wehrstrukturreform, Problem der Wehrgerechtigkeit
- Aufbau einer neuen Friedensordnung in Europa: Reform der NATO-Strategie, Stärkung des europäischen Pfeilers
- Fortführung von Rüstungskontrolle und Abrüstung

Beschluß:

- "Sicherheitsvorsorge für eine neue Zeit" (4. Juni 1992)

(18) Bundesfachausschuß Europapolitik

Vorsitzender: Bernhard Sälzer MdEP (Hessen)
Stellvertreter: Doris Pack MdEP (Saarland)
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP (NRW)
(bis 1. Dezember 1990)
Michael Stübgen MdB (Brandenburg)
(seit 18. September 1991)

Geschäftsführer: Heinrich Rentmeister (bis 1. Dezember 1990)
Gert Olav Göhs

Schwerpunktthemen:

- EG-Binnenmarkt
- EG-Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union

- Erweiterung der EG um Mitgliedsländer der EFTA und die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas
- Gerechte finanzielle Lastenverteilung beim Aufbau der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas
- EG-Außenpolitik und Jugoslawienkrise
- Europäische Parteiarbeit der CDU
- Europäische Sozialpolitik
- EG-Finanzreform
- Innere Sicherheit in Europa

Beschlüsse:

- Leitlinien europäischer Sozialpolitik (18. März 1992)
- Grundsätze für die Erweiterung der EG (3. Juni 1992)
- Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments (3. Juni 1992)
- Innere Sicherheit in Europa durch EUROPOL (3. Juni 1992)

(19) Bundesfachausschuß Forschung und Technologie

Vorsitzender: Christian Lenzer MdB (Hessen)
Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Dr. Helmut Münch
(Sachsen)
Prof. Dr. Josef Bugl (Baden-Württemberg)
Geschäftsführerin: Marion Wiese

Schwerpunktthemen:

- Schaffung einer gesamtdeutschen Forschungslandschaft
- Schwerpunkte der Forschungsförderung
- Status und Perspektiven der Großforschungseinrichtungen
- Forschungsaktivitäten auf dem Verkehrssektor
- Zukunftschancen durch Informationstechnologien
- Bedeutung der Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik für Staat und Wirtschaft
- Forschung und Entwicklung in Osteuropa
- Verkehrskonzepte für die Zukunft - Transrapid
- Überlegungen zu Grundsätzen der Forschungs- und Technologiepolitik der CDU

(20) Bundesfachausschuß Medienpolitik

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär Bernd Neumann MdB
(Bremen)

Stellvertreter: Minister Klaus von Trotha MdL
(Baden-Württemberg)
Gabriele Wiechatzek MdB (Berlin)

Geschäftsführer: Dr. Peter Wellert

Schwerpunktthemen:

- Neuordnung des Pressewesens in den neuen Bundesländern
- Aufbau des Nationalen Hörfunks
- Werbung bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den privaten Rundfunkveranstaltern
- europäische Medienpolitik und die Harmonisierung rundfunkrechtlicher Grundlagen
- Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland
- Auftrag zur Grundversorgung der öffentlich-rechtlichen Rund- funkanbieter
- Neue private Fernsehanbieter (Westschiene "Vox")
- Pressepolitik

(21) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen
(BACDJ)

Vorsitzender: Minister Dr. Heinz Eyrich MdL
(Baden-Württemberg) / bis 29. Oktober
1991
Minister Herbert Helmrich
(Mecklenburg-Vorpommern) / seit
29. Oktober 1991

Stellvertreter: Herbert Helmrich MdB (Niedersachsen)
/ bis 29. Oktober 1991
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB (Berlin)
Dr. Otto Theisen (Rheinland-Pfalz) / bis
29. Oktober 1991
Prof. Dr. Winfried Tilmann
(Nordrhein-Westfalen)

Jakob Kraetzer (Berlin) / seit
29. Oktober 1991

Minister Walter Remmers (Sachsen-Anhalt)
/ seit 29. Oktober 1991

Geschäftsführerin: Petra Kansy

Fachkommissionen:

- "Neue Bundesländer" (seit Oktober 1991) mit den
Unterkommissionen
 - * Regierungskriminalität
 - * SED-Unrecht/Rehabilitierung
 - * Enteignungen
- "Verfassungsrecht" (seit November 1991)

Beschlüsse:

- "Keine Verjährung von SED-Unrecht - Besteht
gesetzgeberischer Handlungsbedarf?" (22. November 1991)
- "Strafrechtliche Verantwortbarkeit der SED-Führungsriege
und sonstiger Funktionäre des SED-Apparats: ein Gebot der
Gerechtigkeit" (3. Februar 1992)
- "Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit" (3. Februar 1992)
- "Rehabilitierung und Entschädigung für die Opfer der
SED-Diktatur - ein Gebot der Humanität und Gerechtigkeit"
(11. Juni 1992)
- "Die Aufgaben des Gesetzgebers zum Eigentumsrecht im
neuen Bundesgebiet" (5. August 1992)

3. Kongresse/Aktionen

3.1 Kongreß zur inneren Sicherheit in Hamburg (1991)

Am 22. Mai 1991 führte die CDU Deutschlands in Hamburg einen Fachkongreß zur Inneren Sicherheit durch. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Der Freiheit des Bürgers verpflichtet - Unsere Verantwortung für die Innere Sicherheit". An dem Kongreß nahmen rund 300 Personen teil, darunter auch zahlreiche Teilnehmer aus den neuen Bundesländern.

Im Mittelpunkt des Vormittages stand eine Rede des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zum Thema "Der Rechtsstaat: Voraussetzung für Freiheit und inneren Frieden". Anschließend sprach der Bürgermeisterkandidat der Hamburger CDU, Hartmut Perschau MdEP, zu den Problemen der inneren Sicherheit in Hamburg. An die Referate schloß sich eine rege Plenumsdiskussion an.

Der Nachmittag war dem Thema "Rauschgiftkriminalität - Herausforderung für Staat und Gesellschaft" gewidmet. Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, gab dazu in seinem einführenden Referat eine ausführliche Situationsanalyse.

In einem Expertengespräch, das von dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster MdB, geleitet wurde, diskutierten anschließend Fachleute über Maßnahmen zur Rauschgiftbekämpfung. An das Expertengespräch schloß sich eine Plenumsdiskussion an. Ein zusammenfassendes Schlußwort des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster MdB, beendete den Kongreß.

Die Veranstaltung stieß auf ein großes Medieninteresse, das sich in einer breiten Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen niederschlug.

3.2 Außenpolitischer Kongreß in Bonn (1991)

Am 15. Mai hat die CDU einen außenpolitischen Kongreß unter dem Thema "Deutschlands Verantwortung in der Welt" durchgeführt. Mit rund 500 Gästen aus dem In- und Ausland gab es eine intensive fast siebenstündige Diskussion über die künftige Außenpolitik des vereinten Deutschlands. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Teilnehmer aus dem europäischen Ausland, so aus Frankreich und Großbritannien, aber auch aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Nach Reden von Generalsekretär Volker Rühle und Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg diskutierten unter Leitung des diplomatischen Korrespondenten der "Zeit", Dr. Christoph Bertram: Vernon A. Walters (Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika), Christopher Patten MP (Vorsitzender der Conservative Party), Bernard Bosson (Centre des Démocrates Sociaux), Prof. Wjatscheslaw Daschitschew (Freie Universität Berlin), Andrzej Szczypiorski (polnischer Senator) und Karl Lamers MdB (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Die Gäste äußerten dabei viel Zustimmung zur Außenpolitik Deutschlands, vor allem im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit; sie äußerten die Erwartung, daß Deutschland jetzt eine größere Verantwortung für die Wahrung und Gestaltung des Friedens in Europa und weltweit übernehmen werde.

Am Nachmittag diskutierte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit vier ausländischen Journalisten: Karen Breslau (Newsweek), Evgeni Bovkoun (Iswestija), David Marsh (Financial Times) und Jean-Paul Picaper (Le Figaro); an dieser Diskussion beteiligten sich später auch zahlreiche Gäste, vor allem auch aus dem europäischen Ausland.

Die Auffassung der CDU, daß das vereinte Deutschland in der Mitte Europas seiner gewachsenen außenpolitischen Verantwortung in enger Abstimmung mit seinen Freunden, Nachbarn und Partnern, gerecht werden müsse, fand bei den Teilnehmern und Gästen des Kongresses breite Unterstützung.

Die Reden und Diskussionsbeiträge sind in der Reihe "Politik aktuell" der Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht worden.

3.3 1. Umweltforum und Umweltbeauftragtenkonferenz in Magdeburg (1991)

An der ersten Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU am 28. Juni 1991 in Magdeburg nahmen rund 300 der insgesamt 350 Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände teil. Dem Einführungsreferat von Generalsekretär Volker Rühle und einer Präsentation vorbildhafter Aktionen durch Umweltbeauftragte folgte eine lebhafte Diskussion. Den Teilnehmern standen neben Generalsekretär Volker Rühle auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Dr. Bertram Wieczorek, der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Klinkert, sowie der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Dr. Roland Salchow, zur Verfügung.

Zu dem anschließenden öffentlichen Umweltforum kamen mehr als 500 Besucher. Die Veranstaltung wurde mit einem Grundsatzreferat von Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer eröffnet. Darauf folgten kurze Beiträge von Umweltbeauftragten, die aus verschiedenen Perspektiven (Kommunalpolitik, Unternehmen, Umweltverbände) über ihre praktische Arbeit berichteten, sowie von Dr. Herbert Spindler, Staatssekretär im Umweltministerium von Sachsen-Anhalt. Daran schloß sich eine Diskussion, vorrangig über die Umweltprobleme in den neuen Bundesländern, an.

Die Veranstaltung unterstrich das große Interesse von aktiven Parteimitgliedern an der Umweltpolitik. Weitere Tagungen der Umweltbeauftragten sind in jährlichem Abstand geplant.

Zur Vorbereitung und Nacharbeit dieses Kongresses wurden eine Wandzeitung "Wir kämpfen gegen den Abfall", ein Aktionshandbuch "Ökologische Offensive 91" und ein aktuelles Themenflugblatt veröffentlicht.

3.4 Jugendforum in Schwerin (1991)

Am Jugendforum "Politik zum Anfassen", das am 2. und 3. Oktober 1991 in Schwerin stattgefunden hat, nahmen etwa 1.000 Jugendliche teil, davon etwa je die Hälfte aus den alten und den neuen Bundesländern. Zu acht Forums- und Plenumsveranstaltungen waren insgesamt über zwei Dutzend namhafte Politiker der CDU nach Schwerin gekommen, die den Teilnehmern am Jugendforum zur Diskussion zur Verfügung standen. Besonders intensiv wurden dabei vor allem den Themen Ausbildung, Europa, Umwelt, Bundeswehr, Verkehr, Familie, Entwicklungshilfe diskutiert.

Nicht Reden und Referate standen im Vordergrund, sondern der offene Dialog mit den Jugendlichen. "Die 1. Jugendgroßveranstaltung seit über 40 Jahren auf dem Boden der ehemaligen DDR ohne Beteiligung der FDJ" (so Bundesjugendministerin Dr. Angela Merkel bei der Eröffnung) ermöglichte in lockerer Atmosphäre viele ungezwungene Gespräche zwischen Jugendlichen und Politikern, in denen die jungen Leute kritisch und bestimmt ihre Meinung vorgetragen haben und ihre Fragen los werden konnten.

Parallel zu den Foren fand eine Info-Börse statt, zu der viele Gruppen, u.a. aus der Umwelt-, Drogen- und Jugendverbandsarbeit, eingeladen waren. Fast 40 Gruppen von "amnesty international" über die "Stiftung

Demokratische Jugend" bis hin zum "Naturschutzbund Deutschlands" haben sich an diesem Markt der Möglichkeiten beteiligt und über ihre Arbeit informiert. Es wurde aber nicht nur diskutiert, sondern am "Abend der Begegnung" auch der erste Jahrestag der Deutschen Einheit gefeiert.

Das Schweriner Jugendforum kann als Beispiel für ähnliche Jugendbegegnungen auch auf Landes- und kommunaler Ebene dienen.

Um die Mitglieder der CDU sowie eine breite Öffentlichkeit über das Jugendforum zu informieren, wurden die Ergebnisse in einer Sonderausgabe von "UId extra" veröffentlicht. Eine Wandzeitung für die Schaukästen der CDU-Verbände informierte werbend über das Forum.

3.5 Europäischer Kulturkongreß in Frankfurt/Oder (1991)

Schon im Jahr 1991 intonierte die CDU das Thema Europäische Einigung. Dabei wurde bewußt nicht die Frage des wirtschaftlichen Zusammenwachsens, sondern die Frage der geistigen Dimension des europäischen Einigungsprozesses aufgegriffen. Am 31. Oktober 1991 hat die CDU deshalb einen Fachkongreß zum Thema "Kulturgemeinschaft Europa - Die Zukunft des Kontinents" in Frankfurt an der Oder durchgeführt. Die Wahl des Tagungsortes in einem der neuen Bundesländer und an der Grenze zu Polen sollte in den neuen Bundesländern ein Augenmerk auf die europäische Aufgabe des geeinten Deutschlands lenken und deutlich machen, daß die CDU die osteuropäischen Länder in den europäischen Dialog mit einbezieht.

Bei der Diskussion mit 500 geladenen Gästen aus dem In- und Ausland ging es um die geistigen und kulturellen Grundlagen der europäischen Einigung. Nach einer Einführungsrede von Generalsekretär Volker Rühle diskutierten Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB und

der sowjetische Schriftsteller Jewgeni Popow über den "Umbruch in Europa: Vom neuen Denken zum Sieg der Freiheit".

Am Nachmittag diskutierte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit europäischen Schriftstellern und Intellektuellen. An dem Gespräch beteiligten sich: Ota Filip, Ulla Hahn, Jewgeni Popow, Prof. Joseph Rován und Andrzej Szczypiorski.

In der Diskussion wurde vor allem die Notwendigkeit umfassender Hilfen für die jungen Demokratien Mittel-, Ost- und Südosteuropas und die Sowjetunion deutlich. Die geistige und kulturelle Einheit Europas kann dabei Grundlage sein für das Zusammenwachsen des Kontinents. Alle Teilnehmer hoben die Chancen, die mit dem Umbruch in Europa verbunden sind, hervor. Sie sprachen aber auch mögliche Risiken an und warnten vor einem Wiedererwachen des Nationalismus.

3.6 Rechtspolitischer Kongreß in Karlsruhe (1992)

Am 14./15. Februar 1992 fand in Karlsruhe der vom Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vorbereitete und durchgeführte 6. Rechtspolitische Kongreß der CDU statt. Unter dem Motto "Recht sichert die Freiheit - Aktuelle Herausforderungen an die Rechtspolitik im geeinten Deutschland" befaßten sich 350 Kongreßteilnehmer mit einer Auswahl rechtspolitischer Themen.

In Arbeitsforen wurden die Bereiche "Gewalt in der Gesellschaft", "Organisierte Kriminalität" sowie die "Offenen Vermögensfragen in den neuen Bundesländern" behandelt. Die Themen Gewalt und Organisierte Kriminalität gaben nicht nur Anlaß zur Klärung fachspezifischer Fragen, sondern auch zu einer gesellschaftspolitischen Analyse dieser Phänomene.

Zum Bereich der offenen Vermögensfragen in den neuen Bundesländern wurde von Teilnehmern aus den alten und neuen Bundesländern engagiert und kontrovers diskutiert. Dabei wurden sowohl wirtschaftliche als auch soziale Aspekte angesprochen.

Der Vorsitzende des BACDJ, Minister Herbert Helmrich, hielt einen Vortrag zum Thema "Unblutige Revolution und Gerechtigkeit".

Der zweite Kongreßtag befaßte sich mit dem Thema "Das Grundgesetz – Eine Verfassung für Deutschland". Dieses Thema wurde zunächst im Rahmen von Kurzvorträgen wissenschaftlich erörtert. Im Anschluß daran folgte eine lebhafte Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundestagsfraktionen und der Gruppe "Bündnis '90". Kernpunkte der Referate und der Diskussion waren die Themen Föderalismus, Plebiszite, Staatszielbestimmungen und Europa. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, nahm in seiner Abschlußrede "Deutschlands neue Verantwortung in der Welt – Verfassungsrechtliche Konsequenzen" die Diskussion um das Grundgesetz auf.

Der Kongreß fand in den Medien große Beachtung.

3.7 Verfassungspolitische Kongreß in Bonn (1992)

Am 11./12. Mai 1992 fand im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ein Fachkongreß zum Thema "Freiheitliche Demokratie in Deutschland – Neue Herausforderungen an das Grundgesetz und die Verfassungsgebung in den neuen Ländern" mit etwa 300 Teilnehmern statt.

Zur Eröffnung ging der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, in einer Grundsatzrede auf "Deutschlands neue Verantwortung in der Welt" und die damit verbundenen verfassungsrechtlichen und

verfassungspolitischen Konsequenzen ein. Prof. Dr. Rupert Scholz MdB und Staatsminister Steffen Heitmann MdL befaßten sich in ihren Vorträgen mit der Verfassungsproblematik aus der Sicht der neuen Bundesländer.

In der Diskussion mit Juristen und Politikern, die an Verfassungsentscheidungen in Bund und Ländern beteiligt sind, wurde der Frage nachgegangen, ob und wie angesichts der veränderten Verhältnisse in Deutschland Verfassungsartikel anzupassen und neue Bestimmungen in das Grundgesetz aufzunehmen sind.

Die Beiträge zu diesem Kongreß wurden in einer Broschüre der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

3.8 2. Umweltforum und Umweltbeauftragtenkonferenz in Bonn (1992)

Rund 300 Umweltbeauftragte der CDU-Kreisverbände trafen sich am 14. Mai 1992 im Konrad-Adenauer-Haus zur 2. Konferenz der Umweltbeauftragten. Neben dem Erfahrungsaustausch untereinander bildete der Dialog mit Experten zu den dringendsten Problemen der Umweltpolitik in Deutschland einen Schwerpunkt. Im Mittelpunkt dieser Diskussion unter der Leitung des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill, standen vor allen Dingen die besondere Problematik der neuen Bundesländer und die zukünftige Gestaltung der Abfallpolitik. Als Experten beteiligten sich Ulrich Klinkert MdB, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundesfraktion, Dr. Heinrich Wonnenberg, Direktor Umweltschutz/Altlasten Treuhand-Anstalt Berlin, Manfred Sutter, Leiter der Abteilung Entsorgung der "Duales System Deutschland GmbH" (DSD), Fritz Brickwedde, Generalsekretär Deutsche Bundesstiftung Umwelt, und Dr. Helmut Schnurer, Leiter der Unterabteilung Abfallwirtschaft im

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an der Aussprache.

Am 15. Mai 1992 schloß sich das 2. Umweltforum der CDU Deutschlands an. Mehr als 450 Umweltbeauftragte sowie Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Verbänden informierten sich unter dem Motto "Auf dem Weg zu einer weltweiten Umweltpartnerschaft" wenige Tage vor der Konferenz "Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro über die Bedeutung des globalen Umweltschutzes. Neben Bundesumweltminister Prof. Klaus Töpfer berichteten führende internationale und nationale Experten aus ihrer Sicht über die wichtigsten Probleme im internationalen Umweltschutz. Vor allem das Grundsatzreferat der Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundesministerin Dr. Angela Merkel, und die Ausführungen von Mary Helena Allegretti, der Präsidentin des Instituts für Amazonas-Studien in Curitiba/Brasilien, stießen auf besonderes Interesse der Zuhörer. Eine Podiumsdiskussion mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Peter Repnik, dem Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Clemens Stroetmann, sowie Vertretern aus Industrie und Wissenschaft verdeutlichte die besondere Verantwortung der Industrieländer für das Gelingen des Umweltgipfels in Rio. Zum Abschluß der Veranstaltung erläuterte Umweltminister Prof. Klaus Töpfer die aktuelle Position der Bundesregierung zur Konferenz in Rio.

Die Doppelveranstaltung stand ganz im Zeichen der globalen Umweltdiskussion und unterstrich in besonderer Weise die Kompetenz und führende Rolle der CDU in der nationalen und internationalen Umweltpolitik.

3.9 Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche

- "Ozonloch - Schutz der Erdatmosphäre"

Am 19. Februar 1992 führte die Bundespartei ein Fachgespräch zum Thema "Ozonloch - Schutz der Erdatmosphäre" durch. Über 400 Parteimitglieder und interessierte Bürger informierten sich bei dieser Gelegenheit über die Gefahr einer starken Abnahme der Ozonschicht auf der Nordhalbkugel. Bundesumweltminister Prof. Klaus Töpfer stellte bei dieser Gelegenheit sein Konzept des Ausstiegs aus der FCKW-Produktion vor. Neben dem Bundesumweltminister diskutierten die Wissenschaftler Prof. Dr. Reinhard Zellner, Universität Essen, Prof. Dr. Franz Nader, Verband der Chemischen Industrie e.V., sowie Wolfgang Lohbeck, Bereichsleiter Atmosphäre Greenpeace, über die aktuellen Entwicklungen und Gefährdungen.

- "Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen?"

Am 28. April 1992 fand ein Fachgespräch zum Thema "Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen?" statt, an dem etwa 250 Interessierte teilnahmen. Unter der Moderation von Bundesministerin Dr. Angela Merkel wurde mit Rechtsexperten aus den alten und neuen Bundesländern das Spannungsverhältnis zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger und den Grenzen rechtsstaatlicher Strafverfolgung diskutiert. Es wurde der Frage nachgegangen, warum die Verfolgung der DDR-Regierungskriminalität so schwierig ist. Wieviel kann das Strafrecht leisten, wenn es um die Beseitigung von Unrechts-Altlasten geht? Wie zwingend kann den einzelnen SED-Verantwortlichen ihre persönliche Schuld zugerechnet werden?

Im anschließenden Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen und alten Bundesländern, mit Juristen und mit

Opfern politisch motivierter Strafverfolgung wurde erörtert, wie die Verantwortlichen des ehemaligen Staatsapparates der DDR für begangene Unrechtstaten durch Staatsorgane belangt werden können, was der Rechtsstaat leistet und was er nicht leisten kann.

Zur Nachbereitung dieses Konrad-Adenauer-Haus-Gespräches wurden in einer Dokumentation die Redebeiträge der Experten zusammengestellt und veröffentlicht.

- "Geschichte aufarbeiten: Erfahrungen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks"

Am Gespräch "Geschichte aufarbeiten: Erfahrungen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks" am 10. Juni 1992 nahmen rund 150 Gäste teil. Unter der Moderation von Bundesministerin Dr. Angela Merkel erörterten Experten aus Ungarn, Polen, Bulgarien und der CSFR Grundfragen der Vergangenheitsbewältigung in den ehemaligen Ostblockstaaten. Dabei kamen nicht nur historische, sondern auch persönliche Erfahrungen der Podiumsteilnehmer zum Ausdruck. Kritisch wurde zum Stand der Aufarbeitung des SED-Unrechtes Stellung genommen.

Im anschließenden Gespräch mit dem Publikum wurde diskutiert, welche Schritte unsere osteuropäischen Nachbarn ergreifen, um ihre kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten, und wie die öffentliche Diskussion um die juristische Verfolgung der Täter und die Rehabilitierung der Opfer in Bulgarien, der CSFR, in Polen und in Ungarn verläuft.

Auch die Redebeiträge dieses Gespräches wurden in einer Dokumentation zusammengestellt und veröffentlicht.

- "Keine Macht den Drogen: Aufklärung - Hilfe - Strafe"

Am 1. Juli 1992 fand unter Leitung von Bundesministerin Dr. Angela Merkel ein Fachgespräch statt zum Thema "Keine Macht den Drogen: Aufklärung - Hilfe - Strafe", an dem etwa 130 Gäste teilnahmen. Zahlreiche Fachleute - Ärzte, Drogenforscher, Sicherheitsexperten - diskutierten auf dem Podium, analysierten dabei umfassend die Suchtgefährdung in Deutschland und stellten anhand des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes die Möglichkeiten der Prävention und der juristischen Bekämpfung des illegalen Drogenhandels dar. Zugleich wurde der Frage nachgegangen, wie die Prävention noch intensiver gestaltet und die Drogenkriminalität auf europäischer Ebene bekämpft werden kann. Es wurde deutlich, daß es angesichts der steigenden Zahlen der Drogentoten neben einer Eindämmung des illegalen Drogenhandels zu einer umfassenden Präventionspolitik keine Alternative gibt.

Die Ergebnisse dieses Gespräches wurden zu einem Informationspaket zusammengefaßt und veröffentlicht.

- "Literatur und Politik"

Am 25. August 1992 fand das Gespräch "Literatur und Politik" statt. Der überfüllte große Saal im Adenauer-Haus mit mehr als 500 Besuchern bewies das Interesse an der Thematik ebenso wie die engagierten Beiträge der Zuhörer. Die beiden Autoren Gabriele Wohmann und Hans Kempowski diskutierten unter Leitung des FAZ-Feuilleton-Chefs Dr. Schirrmacher mit den Bundesministern Dr. Angela Merkel und Dr. Norbert Blüm. Die Diskussion leitete ein Referat von Generalsekretär Peter Hintze ein.

Das lebendige Gespräch, das in überregionalen Medien breite Beachtung fand, suchte die gegenseitige Bereicherung von Literatur und Politik deutlich zu machen. Während Literatur die sensible Zeit- und

Gesellschaftsbeobachtung auch in visionärer Kraft leisten muß, hat die Politik die konkrete Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt zur Aufgabe, oft in harter Auseinandersetzung.

Viele Zuhörer sprachen sich dafür aus, daß die CDU den Dialog mit Kunst und Literatur fortsetzen solle. Überraschend groß war der Rücklauf von Karten, mit denen Besucher ihren Wunsch äußerten, zu ähnlichen Veranstaltungen in Zukunft wieder eingeladen zu werden.

3.10 Europa-Aktion (1992)

Die Europäische Einigung wird jetzt konkret. Am Ende dieses Jahrzehnts werden die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union Europas vollendet sein. Aus der Gemeinschaft westeuropäischer Staaten wird eine echte europäische Gemeinschaft. Unser Kontinent tritt in eine neue Epoche ein. Diese historische Entwicklung nimmt die CDU Deutschlands zum Anlaß für eine breit angelegte Europa-Aktion unter dem Motto "Wir machen uns stark für Europa".

Die Aktion ist über den Rahmen dieses Jahres hinaus angelegt. Der europäische Einigungsprozeß ist die entscheidende historische Veränderung dieses Jahrzehnts und bedarf deshalb einer intensiven politischen Begleitung. Europapolitik ist ein Dauerthema der neunziger Jahre. Deshalb wollen wir erreichen, daß auf allen Ebenen der Partei bis hin zum Ortsverband europapolitische Themen kompetent diskutiert werden können. Wir wollen eine "Europäisierung" unserer Parteiarbeit. Die Europa-Aktion soll dafür Anstoß und Unterstützung bieten.

Die Parteigliederungen wurden mit einem Aktionsleitfaden "Wir machen uns stark für Europa", einer Expertenbörse mit Referenten aus der gesamten Partei zu den verschiedensten europapolitischen Sachthemen, der Broschüre

"Kulturgemeinschaft Europa / Die Zukunft des Kontinents", Rahmenmaterialien und einer Wandzeitung für die Informationsarbeit vor Ort ausgestattet. Der Fußball-Europameisterschaftskalender bot als Massenverteilungsmittel die Möglichkeit, Sportbegeisterung und den Europagedanken miteinander zu verbinden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Information der Mitglieder und Funktionsträger. Die Publikationen der CDU berichten deshalb regelmäßig über europapolitische Themen. Ab Anfang Oktober 1992 wird in Zusammenarbeit mit der EVP-Fraktion ein Magazin zur Arbeit des Europäischen Parlaments herausgegeben, das die Kernthemen europäischer Politik behandelt und die Unionsabgeordneten im Europaparlament vorstellt. Gleichzeitig erscheint eine Dokumentation mit Informationsblättern zu 30 europapolitischen Schwerpunktfragen, die auch als Flugblätter vor Ort eingesetzt werden können. Den von den Landesverbänden benannten europapolitischen Ansprechpartnern in den Gliederungen konnten Schulungsseminare angeboten werden.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist festzustellen, daß das Thema Europa auf große Resonanz in der ganzen Partei stößt: Die CDU in Bremen und in Schleswig-Holstein, die Frauen-Union, der Evangelische Arbeitskreis und die Junge Union Deutschlands haben ihre Jahrestagung unter das Europathema gestellt. Die CDU in Baden-Württemberg, Brandenburg, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, die Junge Union Deutschlands, der Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung führen Europafachtagungen und -kongresse durch. Die CDU in Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen veranstaltet Europaaktionswochen und der Landesverband Saarland, die Junge Union Deutschlands und der RCDS eigene Kampagnen.

In Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt ist ein Landesarbeitskreis Europapolitik

neu eingerichtet worden bzw. wird in diesen Wochen eingerichtet. Die Senioren-Union hat den Startschuß zur Gründung einer europäischen Senioren-Union gegeben, die CDA ein Europäisches Jugendcamp durchgeführt und der CDU-Landesverband Oldenburg eine europapolitische Vortragsreihe abgehalten.

3.11 10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl

Am 1. Oktober 1992 konnte die CDU einen Jahrestag besonderer Art begehen: zehn Jahre Regierung Helmut Kohl, zehn Jahre harte und erfolgreiche Arbeit für Deutschland. Die großen politischen Leistungen dieser zehn Jahre waren Anlaß genug, Anfang Oktober unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in ganz Deutschland über die Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu informieren und zugleich darauf hinzuweisen, daß noch ein hartes Stück gemeinsamer Arbeit vor uns liegt.

Mit der Illustrierten "Ein deutsches Jahrzehnt - 10 Jahre Kanzler Helmut Kohl" stand zu diesem Jahrestag ein reich bebildertes Verteilmittel zur Verfügung: In ganz Deutschland veranstalteten die Verbände der CDU vielfältige Verteilaktionen: vom Familienfest bis zur breit angelegten Canvassing-Aktion. In den neuen Bundesländern erfolgte zusätzlich an Schwerpunkten eine Verteilung durch professionelle Verteilerteams. Alle CDU-Mitglieder haben diese Illustrierte als Beilage des Union-Magazins erhalten.

In einer Festveranstaltung in Bonn würdigten über 3.000 Gäste aus allen Schichten der Bevölkerung am 1. Oktober die erfolgreiche Arbeit Helmut Kohls.

4. Pressearbeit

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Echo in den Medien zu verhelfen. Diesem Zweck dienen Pressekonferenzen und Pressegespräche, die Beantwortung zahlreicher telefonischer und schriftlicher Anfragen, Hintergrundgespräche und schriftliche Pressemitteilungen (im Zeitraum Oktober 1990 bis 30. September 1992 wurden 935 Beiträge und Stellungnahmen abgegeben) sowie die Erstellung von Schriftinterviews. Ferner finden täglich rund 20-25 Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen statt. Der Schwerpunkt der Pressearbeit liegt in der Zusammenarbeit mit den in Bonn akkreditierten Journalisten. Gleichwohl kommt regelmäßigen Kontakten auch mit den Zentralredaktionen von Fernsehen, Hörfunk und Printmedien zunehmende Bedeutung zu. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Kontakte zu den Mitgliedern der Landespressekonferenzen in den neuen Bundesländern gelegt.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind auch Planung und Abwicklung von Interviews und Pressekontakten der Parteiführung, insbesondere des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs sowie von Pressegesprächen der Grundsatzprogrammkommission. Hinzu kommen die Beobachtung und Kommentierung der Aktivitäten anderer Parteien sowie - in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation - die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitag, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU.

Neben 89 Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind Hintergrund- und Informationsgespräche zu Einzelthemen der Politik wichtige Instrumente der Information. Besonderes Interesse bestand bei in- und ausländischen Journalisten an Kontakten mit dem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler sowie mit dem Generalsekretär. Für die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse der Partei wurden mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten Kontaktgespräche und Hintergrundtreffen organisiert.

Die Verbindung zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen, der CSU sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen und einen intensiven Informationsaustausch gepflegt. Außerdem werden gemeinsame Presseaktivitäten zwischen Bundespartei und Landesverbänden bzw. Vereinigungen in kontinuierlichen telefonischen Absprachen vereinbart und durchgeführt.

Während der Landtagswahlkämpfe wurde der Kontakt zu den für die Pressearbeit in den Landesverbänden verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen besonders intensiv wahrgenommen. Die Presseaktivitäten wurden regelmäßig zwischen Bundes- und Landesebene abgestimmt.

In den Landtagswahlkämpfen und im Bundestagswahlkampf wurden die zentralen Kundgebungen des Bundesvorsitzenden, die Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen des Generalsekretärs und eine Vielzahl der Einsätze der Bundesredner pressemäßig betreut. Zu einer Reihe von Veranstaltungen wurden Wahlkampfbegleitungen für in- und ausländische Journalisten organisiert. In der "heißen" Wahlkampfphase des Bundestagswahlkampfes gab die Pressestelle der Bundespartei insgesamt 73 Pressemitteilungen heraus, von Grundsatzartikeln des Bundesvorsitzenden sowie des Generalsekretärs über Presseerklärungen von Europaabgeordneten bis hin zu aktuellen politischen Stellungnahmen und Erwiderungen auf Angriffe des politischen Gegners. Sämtliche Anzeigen der Bundespartei, die in Boulevard-Zeitungen bzw. in der regionalen und überregionalen Presse erschienen, sowie sämtliche Flugblätter, die die Bundespartei den Kreisverbänden zu aktuellen politischen Themen zur Verfügung stellte, wurden den in Bonn akkreditierten Parlamentsjournalisten aus dem In- und Ausland zugänglich gemacht. Gleiches gilt für die Zeitung "Deutschland am Wochenende".

Die im Sommer 1992 als Vorlauf für die Herbst-Aktion 92 in den neuen Bundesländern durchgeführten Modellwochen wurden von der Pressestelle pressemäßig vorbereitet und begleitet.

In die Verantwortung der Pressestelle fiel auch der bis September 1992 gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU herausgegebene "Deutschland-Union-Dienst" (DUD).

Seit dem 1. Oktober 1991 gehören die Zuständigkeiten für die Medienpolitik im Bereich der Printmedien und des Films sowie die Herausgabe der täglichen Presseschau ebenfalls zum Verantwortungsbereich der Pressestelle.

5. Ständige Publikationen

5.1 "Union in Deutschland" (UiD)

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands "Union in Deutschland" (UiD) erscheint in der Regel wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Der UiD enthält Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen und Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert damit über die aktuelle Politik der Partei, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Regierung.

Der UiD enthält regelmäßig einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird bzw. Parteitagsbeschlüsse, Regierungserklärungen, Koalitionsvereinbarungen und Wahlergebnisse dokumentiert werden.

Der UiD weist außerdem regelmäßig auf aktuelle Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle hin und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der Parteigliederungen. Mehrmals im Jahr erscheint als rosa Teil ein Gesamtangebot der Informations- und Werbematerialien.

Für die neuen Landesverbände gab es im Frühjahr 1991 eine Beilagenserie "Ratgeber für die neuen Bundesländer" mit Tips zu den Themen Arbeit, Gesundheit, Familie, soziale Sicherheit, Verbraucher und Wohnen. Neu ist auch die Beilagenform des "UiD extra": Im Zeitungsstil, durch interessante Fotos aufgelockert, wurde u.a. ausführlich über den CDU-Bundesausschuß in Weimar ("Weimarer Erklärung", Juni 1991), über das Jugendforum in Schwerin (Oktober 1991) und das Umweltforum in Bonn (Mai 1992) berichtet.

Für die Landesverbände gibt es die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg Gebrauch gemacht haben.

Während des Bundestagswahlkampfes wurden von Anfang September bis zum Wahltag in Absprache mit den Landesverbänden rund 10.000 Wahlkämpfer zusätzlich mit dem UiD beliefert

Seit der Ausgabe 35/91 wird der UiD in den neuen Landesverbänden nach dem gleichen Schlüssel wie in den alten Landesverbänden verteilt, nachdem bis dahin der Versand anhand einfacher Adressenlisten erfolgte. Noch ist der UiD-Verteiler in den neuen Ländern nicht vollständig, wird aber laufend ergänzt.

5.2 Union-Magazin

Das Mitgliedermagazin "Union - das Magazin der CDU Deutschlands" ist seit Oktober 1990 achtmal erschienen. Seit der Ausgabe 4/91 wird "Union" auch an alle Mitglieder in den neuen Bundesländern versandt, so daß sich die Auflage von 750.000 auf rund 850.000 Exemplare erhöht hat.

Der vom Parteivorsitzenden Helmut Kohl berufene Redaktionsbeirat unter Vorsitz der Sprecherin der CDU

koordiniert die redaktionelle Zielsetzung, nimmt Einfluß auf die mittel- und langfristige Themenplanung und stellt die enge Anbindung an die Bundespartei sicher.

6. Organisation

6.1 Organisationshandbuch

Nach drei Jahren wurde wieder ein vollständig neues Organisationshandbuch herausgegeben, das erstmals auch Informationen über die fünf neuen Bundesländer und den Ostteil von Berlin enthält. Ebenfalls zum ersten Mal sind im Organisationshandbuch Partnerschaften mit befreundeten ausländischen Parteien aufgeführt.

Die Auflage beträgt 800 Exemplare. Seit Erscheinen im September 1991 sind bereits zwei Nachlieferungen erstellt worden, die dritte Nachlieferung soll im November 1992 erscheinen. Aufgrund der hohen Fluktuation betrug die Änderungsquote bei der ersten Nachlieferung im März 1992 rund 60 Prozent, bei der zweiten Nachlieferung im Juni dieses Jahres rund 80 Prozent. Die Hälfte der Auflage wird den Gliederungen (Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden, Vereinigungen auf Bundesebene) kostenlos zur Verfügung gestellt. Die andere Hälfte wird Interessenten (Fraktionen, Verbänden, Abgeordneten, u.a.) gegen Bezahlung überlassen; der Vertrieb erfolgt über die UBG.

Probeweise wurde den Gliederungen das Organisationshandbuch zum Selbstkostenpreis auf Diskette angeboten. Die Nachfrage steigt, so daß ein Verfahren entwickelt wird, das Organisationshandbuch in Zukunft vermehrt per Diskette zu vertreiben. So kann das Organisationshandbuch aktueller und damit nützlicher sein, da der zeit- und kostenaufwendige Nachdruck entfällt.

6.2 Elektronische Kommunikation

Auch die Bundesgeschäftsstelle bemüht sich, die Chancen des technischen Fortschritts für ihre Arbeit, vor allem für die Information der Mitglieder und Wähler zu nutzen. Die Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung hat die Informationsverarbeitung in den zurückliegenden Jahren erheblich rationalisiert. Der nächste Schritt war die Vernetzung der einzelnen EDV-Plätze in den Geschäftsstellen der Kreis- und Landesverbände mit der Möglichkeit, weitere Ebenen über BTX und Mailboxen anzuschließen, so z.B. die Ortsverbände oder auch Mitglieder mit PC.

Seit einiger Zeit besteht schon ein CDU-Kommunikationsnetz, das allerdings noch erweitert werden soll. Bisher sind an dieses Kommunikationsnetz folgende Organisationen angebunden: Die Bundesgeschäftsstelle, die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen, die CSU in Bayern, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Büros der Bundestagsabgeordneten, die Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und weitere Stellen.

Um die Erweiterung des Kommunikationsnetzes möglichst anwendungsnah zu gestalten, wurde eine EDV-Arbeitsgruppe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle, der Landes-, Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen gebildet. Auf einer Sitzung am 26. August 1992 wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Aufbau eines umfassenden Kommunikationsnetzes dringend erforderlich ist und daß über die technische Realisierung unter Berücksichtigung der finanziellen und zeitlichen Bedingungen weiter gesprochen werden muß. Den Verbänden soll ein annehmbarer Lösungsvorschlag unterbreitet werden.

V. Die Mitgliederentwicklung in der CDU

1. Die Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder der CDU-Deutschlands betrug am 30. September 1992 725.369, davon 626.818 Mitglieder in den zwölf alten und 98.551 Mitglieder in den fünf neuen Landesverbänden.

2. Regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitglieder 31.12.1990	Mitglieder 31.12.1991	Mitglieder 30.9.1992
Baden-Württemberg	91.791	90.744	89.058
Berlin	15.513	16.935	16.202
Brandenburg	17.068	13.713	11.813
Bremen	3.737	3.902	3.829
Hamburg	13.985	13.673	13.184
Hessen	64.064	62.622	61.614
Mecklenburg-Vorpommern	18.321	14.707	13.194
Braunschweig	9.905	9.955	9.726
Hannover	71.052	71.647	69.973
Oldenburg	17.717	17.691	17.154
Nordrhein-Westfalen	233.656	224.939	219.855
Rheinland-Pfalz	71.913	69.672	67.868
Saarland	26.142	25.055	24.376
Sachsen	37.231	32.082	29.139
Sachsen-Anhalt	26.120	22.224	19.798
Schleswig-Holstein	35.725	34.619	33.979
Thüringen	30.816	26.983	24.607

Der Mitgliederzuwachs in Berlin von 1990 zu 1991 ergibt sich aus der Übernahme der Mitgliederdaten aus dem Ostteil der Stadt in die Zentrale Mitgliederkartei (ZMK). Die Abnahme der Mitgliederzahlen in den fünf neuen Landesverbänden von 1990 auf 1991 beruht nicht zuletzt auf den Karteibereinigungen nach der Übernahme der Mitgliederdaten in die ZMK.

3. Die Struktur der CDU-Mitgliedschaft

3.1. Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,3 % der Mitglieder (183.627) weiblich und 74,7 % (541.742) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 23,3 % und in den neuen Ländern bei 38,2 %.

3.2 Altersstruktur

Beim Vergleich der Altersstrukturen der Mitglieder der CDU Deutschlands ergibt sich folgendes Bild:

Alter	gesamt	alte Länder	neue Länder
.. - 24 J.	2,2 %	2,2 %	2,5 %
25 - 29 J.	3,9 %	3,6 %	6,1 %
30 - 39 J.	12,8 %	11,4 %	21,2 %
40 - 49 J.	21,6 %	21,4 %	22,8 %
50 - 59 J.	28,3 %	29,4 %	21,4 %
60 - 69 J.	17,7 %	18,4 %	13,8 %
70 - .. J.	13,1 %	13,3 %	11,9 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,2 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 52,2 Jahre. Unterscheidet man die Altersgruppen-Statistik nach dem Geschlecht, so ergibt sich bei den Männern ein um ca. 1,0 % höherer Anteil bei den 50 - 59jährigen, bei den Frauen ist der Anteil der über 70jährigen um ca. 5 % höher als in der Gesamtstatistik. Das Durchschnittsalter bei den Frauen liegt bei 53,1 und das der Männer bei 51,9 Jahren. Bei der Unterscheidung nach Alter und Geschlecht sieht man jeweils, daß die Mitglieder der neuen Landesverbände die Struktur der Gesamtpartei verbessert haben.

3.3 Berufsstruktur

Berufsgruppe	gesamt	alte Länder	neue Länder
Angestellte	29,0 %	28,7 %	31,0 %
Arbeiter	12,1 %	9,0 %	31,9 %
Beamte	11,4 %	12,8 %	2,1 %
Hausfrauen/-männer in Ausbildung	10,2 %	11,2 %	3,9 %
Rentner/Pensionäre	3,4 %	3,7 %	1,4 %
Selbständige	6,4 %	4,7 %	17,4 %
	21,1 %	23,3 %	7,5 %

Die Berufsstruktur der Mitglieder in den neuen Ländern unterscheidet sich auch 1992 erheblich von der in den alten. Der Anteil der Arbeiter, der Arbeitslosen und der Rentner ist jeweils mehr als dreimal so hoch wie in den alten Ländern. Auf der anderen Seite ist in den alten Ländern der Anteil an Selbstständigen mehr als dreimal so hoch wie in den neuen Ländern, der der Beamten sogar sechsmal so hoch.

4. Ehrenamtliche Mandats- und Funktionsträger und hauptamtliche Mitarbeiter

4.1. Funktionsträger

In der CDU-Deutschlands gibt es 22.767 ehrenamtlich tätige Funktionsträger, davon sind:

- 12.842 Ortsvorsitzende (9.720 in den alten und 3.122 in den neuen Bundesländern)
- 9.056 Kreisvorstandsmitglieder (6.511 in den alten und 2.545 in den neuen Bundesländern)
- 397 Bezirksvorstandsmitglieder (391 in den alten und 6 in den neuen Bundesländern)
- 472 Landesvorstandsmitglieder (317 in den alten und 155 in den neuen Bundesländern)
- 41 Bundesvorstandsmitglieder (28 aus den alten und 13 aus den neuen Bundesländern)

4.2. Mandatsträger

Für die CDU-Deutschlands sind auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene insgesamt 46.245 Mandatsträger tätig, davon 7.206 in den neuen Bundesländern.

4.3. Hauptamtliche Mitarbeiter

Auf Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene gibt es etwa 1.200 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

5. Gliederungen

Die CDU-Deutschlands gliedert sich in:

- 17 Landesverbände
- 27 Bezirksverbände
- 455 Kreisverbände (in 324 Kreisgeschäftsstellenbereichen)
und
- 12.842 Ortsverbände.

VI. Politischer Arbeitskalender

1./2. Oktober 1990	1. Parteitag der CDU Deutschlands in Hamburg
14. Oktober 1990	Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern.
15. Oktober 1990	Bundeschvorstand
17. Oktober 1990	Landesgeschäftsführerkonferenz
22. Oktober 1990	Bundeschvorstand
12. November 1990	Bundeschvorstand
2. Dezember 1990	Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag und zum Abgeordnetenhaus von Berlin
3. Dezember 1990	Bundeschvorstand
17. Dezember 1990	Bundeschvorstand
10. Januar 1991	Bundeschvorstand
20. Januar 1991	Landtagswahl in Hessen
21. Januar 1991	Bundeschvorstand
21. Januar 1991	Gespräch des Generalsekretärs mit den Vorsitzenden der neuen Landesverbände
23. Januar 1991	Landesgeschäftsführerkonferenz
7. Februar 1991	Die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg zu Gast im Konrad-Adenauer-Haus

13. Februar 1991 Pressekonferenz des Generalsekretärs:
"Deutschlands Verantwortung in der Welt"
20. Februar 1991 Pressekonferenz des Generalsekretärs:
"Die innere Einheit vollenden"
- 22./23. Februar 1991 Klausursitzung des Bundesvorstandes in
Mayschoß
25. Februar 1991 Pressekonferenz des Generalsekretärs zu
den Ergebnissen der
Bundesvorstands-Klausur
4. März 1991 Pressekonferenz des Generalsekretärs zu
den Ergebnissen seiner USA-Reise
12. März 1991 Landesgeschäftsführerkonferenz
13. März 1991 Verabschiedung von Peter Radunski und
Einführung des neuen
Bundesgeschäftsführers Wilhelm
Staudacher
18. März 1991 Anhörung der Frauen-Union zum § 218 StGB
21. März 1991 Konstituierende Sitzung der Kommission
"Schutz des ungeborenen Kindes"
6. April 1991 Der Landesvorstand der CDU Sachsen zu
Gast im Konrad-Adenauer-Haus
- 12./13. April 1991 32. Bundestagung des EAK in Berlin
unter dem Motto "Das vereinte
Deutschland - Chance und Aufgabe"
17. April 1991 Konstituierende Sitzung der
Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn

19. April 1991 Konstituierung der Kommission zur
Erarbeitung eines
Pflegeversicherungskonzeptes
21. April 1991 Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
22. April 1991 Bundesvorstand
- 26./27. April 1991 Klausursitzung der
Landesgeschäftsführerkonferenz
3. Mai 1991 Auf der Bundesvertreterversammlung der
KPV in Hannover erklären die neuen
Landesverbände der KPV in Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen ihren
Beitritt zur Bundes-KPV
15. Mai 1991 Verabschiedung von Andreas
Fritzenkötter und Einführung der neuen
Pressesprecherin Claudia Conrad
15. Mai 1991 "Deutschlands Verantwortung in der
Welt": Außenpolitischer Kongreß der CDU
in Bonn mit Reden von Generalsekretär
Volker Rühe und
Bundesverteidigungsminister Gerhard
Stoltenberg sowie einer Diskussion des
Parteivorsitzenden Helmut Kohl mit
ausländischen Journalisten
16. Mai 1991 Zweite Sitzung der
Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn
17. Mai 1991 Bundesweiter Fachkongreß von
Frauen-Union und Senioren-Union:
"Absicherung bei
Pflegebedürftigkeit - Für eine
menschengerechte Pflege"

22. Mai 1991 "Der Freiheit des Bürgers verpflichtet – Unsere Verantwortung für die Innere Sicherheit": Fachkongreß der CDU Deutschlands zur Inneren Sicherheit, Hamburg
28. Mai 1991 Anhörung von Sachverständigen durch die Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes
29. Mai 1991 Sitzung der Kommission "Schutz des ungeborenen Kindes"
31. Mai/1. Juni 1991 Klausursitzung des Bundesvorstandes in Windhagen
1. Juni 1991 Kreisvorsitzendenkonferenz der Frauen-Union zum Thema "§ 218"
2. Juni 1991 Bürgerschaftswahl in Hamburg
5. Juni 1991 Sitzung der Kommission "Schutz des ungeborenen Kindes"
- 7.–8. Juni 1991 Auf dem 36. Bundeskongreß in Berlin werden die Landesmittelstandsvereinigungen aus den fünf neuen Bundesländern in die Mittelstandsvereinigung aufgenommen
10. Juni 1991 Bundesausschuß in Weimar
13. Juni 1991 Dritte Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn
18. Juni 1991 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik

19. Juni 1991 Gespräch des Generalsekretärs mit dem Bundesverband der Deutschen Zahnärzte (BDZ)
19. Juni 1991 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik
21. Juni 1991 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie
26. Juni 1991 Bundesvorstand
27. Juni 1991 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik in Magdeburg
28. Juni 1991 Umweltkongreß in Magdeburg
3. Juli 1991 Präsidiumsgespräch mit Vertretern der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zum Thema Pflegeversicherung
- 15./16. August 1991 Klausursitzung der leitenden Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle in Maria Laach
30. August 1991 Bundesvorstand
5. September 1991 Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Sportpolitik
10. September 1991 Landesgeschäftsführerkonferenz
10. September 1991 Konferenz der Sprecher der CDU in Landesparteien und Landtagen

16. September 1991 Konstituierende Sitzung des
Bundesfachausschusses Sozialpolitik
16. September 1991 Sitzung der Programmkommission für den
Dresdner Parteitag
16. September 1991 Konstituierende Sitzung des
Bundesfachausschusses Agrarpolitik
16. September 1991 Konstituierende Sitzung des
Bundesfachausschusses Außenpolitik
18. September 1991 Konstituierende Sitzung des
Bundesfachausschusses Europapolitik
18. September 1991 Konstituierende Sitzung des
Bundesfachausschusses
Entwicklungspolitik
19. September 1991 Gespräch des Generalsekretärs mit
Vertretern der Bundesvereinigung
Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zum
Thema Pflegeversicherung
23. September 1991 Bundesvorstand: Benennung des neuen
Vorsitzenden der
Grundsatzprogrammkommission, Parl. StS.
Dr. Reinhard Göhner, sowie seiner
Stellvertreter Dr. Maria Böhmer MdB und
Staatsminister Arnold Vaatz MdL
26. September 1991 Sitzung der Programmkommission für den
Dresdner Parteitag
29. September 1991 Bürgerschaftswahl in Bremen
30. September 1991 Bundesvorstand

- 2./3. Oktober 1991 Jugendforum in Schwerin
- 4./5. Oktober 1991 Gemeinsame Sitzung der Vorstände von CDU und CSU in Kloster Banz
6. Oktober 1991 Kommunalwahl in Niedersachsen
12. Oktober 1991 Öffentliche Veranstaltung der Grundsatzprogramm-Kommission in Weimar
14. Oktober 1991 Bundesvorstand
15. Oktober 1991 Konstituierung des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik
16. Oktober 1991 Landesgeschäftsführerkonferenz
- 19./20. Oktober 1991 18. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union in Bonn unter dem Motto: "Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Solidarisch die Einheit gestalten."
31. Oktober 1991 "Kulturgemeinschaft Europa - Die Zukunft des Kontinents": Europapolitischer Kongreß in Frankfurt/Oder mit einer Rede von Generalsekretär Volker Rühle über das Thema "Geistige und kulturelle Grundlagen für die europäische Einheit" und einer Diskussion des Parteivorsitzenden Helmut Kohl mit Schriftstellern und Historikern aus ganz Europa unter dem Motto: "Die Idee Europa - Die Zukunft des Kontinents"
- 4.-6. November 1991 "Aufbruch nach Europa" - Drittes Deutsches Studentenforum des RCDS in Jena mit einer Rede des

Parteivorsitzenden Helmut Kohl zum
Thema "Zukunftsperspektiven der jungen
Generation auf dem Weg ins vereinte
Europa"

8. November 1991

Gespräch des Bundesfachausschusses
"Forschung und Technologie" mit
Bundesforschungsminister Heinz
Riesenhuber zur Situation der Forschung
in den neuen Ländern

17.-19. November 1991

Klausurtagung der
Grundsatzprogramm-Kommission in Potsdam
unter Teilnahme des Parteivorsitzenden

27. November 1991

Abendveranstaltung der
Grundsatzprogramm-Kommission in Bonn
zum Thema: "Die Bedeutung des 'C' für
die Christlich Demokratische Union"

29. November 1991

Bundесvorstand

9. Dezember 1991

Anhörung des Bundesfachausschusses
Sozialpolitik in Erfurt zum Thema
"Soziale Probleme der neuen
Bundesländer"

9. Dezember 1991

Erklärung des Bundesfachausschusses
Wirtschaftspolitik zum Strukturwandel
und zur Rolle von
Beschäftigungsgesellschaften in den
neuen Bundesländern

14. Dezember 1991

Bundесvorstand in Dresden

15.-17. Dezember 1991

2. Parteitag der CDU Deutschlands in
Dresden

9. Januar 1992 Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik veranstaltet eine Anhörung "Umwelt und globale Verantwortung"
22. Januar 1992 Sitzung der Organisationskommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
3. Februar 1992 Bundesvorstand
11. Februar 1992 Spitzentreffen von CDU und CSU in Bonn
12. Februar 1992 Pressekonferenz von Generalsekretär Volker Rühle, Innenminister Heinz Eggert, Umweltminister Arnold Vaatz und Rainer Eppelmann MdB zum Thema: "Umgang mit dem SED-Unrecht", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 13./14. Februar 1992 Klausurtagung der Landesgeschäftsführer in Eichholz
- 14./15. Februar 1992 Rechtspolitischer Kongreß der CDU: "Recht sichert die Freiheit - Aktuelle Herausforderungen an die Rechtspolitik im geeinten Deutschland", Karlsruhe
19. Februar 1992 Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch zum Thema "Ozonloch - Schutz der Erdatmosphäre"
21. Februar 1992 Plenumssitzung der Grundsatzprogramm-Kommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
9. März 1992 Bundesvorstand
10. März 1992 Experten-Anhörung der Senioren-Union: "Schonung der Ressourcen - Einsparen von Energie", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

11. März 1992 Gespräch des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik mit der Initiative "Ärzte in der Union"
16. März 1992 Konstituierende Sitzung der vom Bundesvorstand eingesetzten Agrarkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
19. März 1992 Podiumsveranstaltung der Grundsatzprogramm-Kommission: "Versagt der Staat im Bewußtsein seiner Bürger?" Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
19. März 1992 Die Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill MdL, und des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, PSt. Hans-Peter Replik, stellen in Bonn die von beiden Fachausschüssen gemeinsam beschlossene Resolution "Umwelt und globale Verantwortung" vor.
20. März 1992 Plenumsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
25. März 1992 Vorstellung der "Leitlinien europäischer Sozialpolitik", die der Bundesfachausschuß Europapolitik in Abstimmung mit dem Bundesfachausschuß Sozialpolitik beschlossen hatte.
26. März 1992 Erklärung des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik zur Geldwertstabilität

4. April 1992 Konferenz der Geschäftsführer der neuen Landesverbände in Potsdam zur Vorbereitung der Modellwochen der CDU
5. April 1992 Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein
6. April 1992 Sitzung des Bundesvorstandes in Bonn. Volker Rühle scheidet aus dem Amt des Generalsekretärs.
8. April 1992 Experten-Anhörung der Senioren-Union: "Zwischen Gesundheit und Krankheit - Eine Kostenexplosion ohne Ende?" Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
15. April 1992 Veröffentlichung des Leitfadens für die Arbeit der Rentenbeauftragten der CDU in den neuen Bundesländern: "Die neue Rente - sicher und gerecht"
21. April 1992 Vorstellung von 12 Thesen des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik zur Strukturreform von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn
24. April 1992 Plenumsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
27. April 1992 Verabschiedung von Volker Rühle im Konrad-Adenauer-Haus; Peter Hintze übernimmt das Amt des Generalsekretärs
27. April 1992 Sitzung der Agrarkommission in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

28. April 1992 Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch unter der Leitung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel: "Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen?" Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
29. April 1992 Forumsveranstaltung des Bundesfachausschusses Energiepolitik: "Akzeptanz von Großtechnologie - Voraussetzung für den Industriestandort Deutschland", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
4. Mai 1992 Gemeinsame Pressekonferenz von Generalsekretär Peter Hintze, Bundesministerin Dr. Angela Merkel und des Vorsitzenden des BFA Außenpolitik, Elmar Brok, zur Vorstellung der Europa-Aktion der CDU Deutschlands: "Wir machen uns stark für Europa"
- 11./12. Mai 1992 Verfassungspolitische Kongreß "Freiheitliche Demokratie in Deutschland - Neue Herausforderungen an das Grundgesetz und die Verfassungsgebung in den neuen Ländern", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 11./12. Mai 1992 Klausurtagung der Landesgeschäftsführer in Eichholz
13. Mai 1992 Workshop des Bundesfachausschusses Frauenpolitik und der Frauen-Union: "Hilfen für Alleinerziehende und einkommensschwache Familien", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
14. Mai 1992 2. Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU-Kreisverbände in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

14. Mai 1992 Präsidiumsgespräch mit Vertretern des Rates der EKD in Bonn
15. Mai 1992 2. Umweltforum der CDU Deutschland: "Zwei Wochen vor Rio - Auf dem Weg zu einer weltweiten Umweltpartnerschaft", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
18. Mai 1992 Bundesvorstand
22. Mai 1992 Plenumsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
24. Mai 1992 Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin
26. Mai 1992 Podiumsdiskussion der Grundsatzprogramm-Kommission: "Deutschlands Verantwortung in der Welt", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
3. Juni 1992 Sitzung der Bildungspolitischen Kommission des Bundesvorstandes, Frankfurt
10. Juni 1992 Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch unter der Leitung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel: "Geschichte aufarbeiten: Erfahrungen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks"
11. Juni 1992 Der BACDJ verabschiedet ein Arbeitspapier zur Rehabilitierung und Entschädigung für die Opfer der SED-Diktatur

12. Juni 1992 Fachkongreß der
Grundsatzprogramm-Kommission:
"Vereinbarkeit von Familie und Beruf",
Frankenthal
15. Juni 1992 Sitzung des Bundesausschusses der CDU
in Bonn. Interimistische Wahl von Peter
Hintze zum Generalsekretär der CDU
Deutschlands
17. Juni 1992 Der Bundesfachausschuß Innenpolitik
verabschiedet eine Entschließung zur
Bekämpfung der Organisierten
Kriminalität und des illegalen
Rauschgifthandels.
- 22./23. Juni 1992 Klausurtagung der Agrarkommission,
Bonn
24. Juni 1992 Beschluß des Bundesfachausschusses
Entwicklungspolitik: "Unsere
Verantwortung gegenüber Mittel- und
Osteuropa sowie der Gemeinschaft
Unabhängiger Staaten"
26. Juni 1992 Sitzung der Bildungspolitischen
Kommission des Bundesvorstandes, Münster
29. Juni 1992 Bundesvorstand
30. Juni 1992 Landesgeschäftsführer-Konferenz
1. Juli 1992 Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch unter der
Leitung der stellvertretenden
Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel:
"Keine Macht den Drogen: Aufklärung -
Hilfe - Strafe"

- 1./2. Juli 1992 Konferenz der Sprecher der CDU-Fraktionen und -Landesregierungen
- 3./4. Juli 1992 Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission, Bonn, Karl-Arnold-Stiftung
7. Juli 1992 Sitzung der Kommission des Bundesvorstandes zur Vorbereitung des 3. Parteitages in Düsseldorf
13. Juli 1992 Generalsekretär Peter Hintze, Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel und PSt. Dr. Norbert Lammert stellen im Konrad-Adenauer-Haus das Buch vor: "Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktorientierung - Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik"
14. Juli 1992 Pressekonferenz des Generalsekretärs Peter Hintze und der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, Bundesministerin Dr. Angela Merkel, zur Vorstellung der Herbstaktion der CDU in den fünf neuen Bundesländern
13. August 1992 Generalsekretär Peter Hintze und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Dr. Georg Gölter MdL, stellen in Bonn den Entwurf für ein neues Bildungspolitisches Programm der CDU vor: "Bildung und Ausbildung in unserer freiheitlichen Gesellschaft: Für die Humane Leistungsschule und ein differenziertes Hochschulsystem".

25. August 1992 Konrad-Adenauer-Haus Gespräch:
"Literatur und Politik". Unter der
Leitung von Dr. Schirmacher (FAZ)
diskutieren die Autoren Gabriele
Wohmann und Hans Kempowski nach einem
einleitenden Referat von
Generalsekretär Peter Hintze mit den
Bundesministern Dr. Angela Merkel und
Dr. Norbert Blüm.
25. August 1992 Der Vorsitzende des
Bundesfachausschusses Umweltpolitik,
Kurt-Dieter Grill MdL, und der
Präsident der Internationalen
Kommission zum Schutz der Elbe,
Dr. Dietrich Ruchay, stellen in Bonn
den Beschluß des Bundesfachausschusses
vor: "Die Sanierung der Elbe – Deutsche
und internationale Verpflichtung"
27. August 1992 Konferenz der Geschäftsführer der neuen
Landesverbände in Berlin zur
Vorbereitung der Herbst-Aktion 92
28. August 1992 Vorstellung des Beschlusses des
Bundesfachausschusses
Sicherheitspolitik:
"Sicherheitsvorsorge für eine neue Zeit"
1. September 1992 Anhörung des Bundesfachausschusses
Umweltpolitik: "Ist der Verkehrskollaps
vermeidbar? – Wege zu einem
umweltverträglichen Verkehrswesen",
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 3./4. September 1992 Der Bundesvorstand beschließt auf
seiner Klausurtagung in Windhagen einen
"Solidarpakt für Deutschland" und

verurteilt die Ausschreitungen gegen
Ausländer und Polizei

9. September 1992 Landesgeschäftsführer-Konferenz
10. September 1992 Sitzung der Kommission des
Bundesvorstandes zur Vorbereitung des
3. Parteitages in Düsseldorf
10. September 1992 Anhörung des Bundesfachausschusses
Frauenpolitik zum Thema "Zielvorgaben
und Quoten"
15. September 1992 Pressekonferenz von Generalsekretär
Peter Hintze zur Vorstellung der
europapolitischen Anträge an den
3. Parteitag der CDU Deutschlands in
Düsseldorf
21. September 1992 Sitzung der Bildungspolitischen
Kommission des Bundesvorstandes, Bonn
28. September 1992 Gemeinsame Sitzung der
Bundesfachausschüsse Sozialpolitik und
Wirtschaftspolitik zum Thema "Wahrung
der sozialen und wirtschaftlichen
Stärken des Standortes Deutschland"
1. Oktober 1992 Festveranstaltung "10 Jahre
Bundeskanzler Helmut Kohl"
5. Oktober 1992 Der Bundesvorstand verabschiedet auf
seiner Sitzung in Bonn eine Erklärung
gegen ausländerfeindliche
Ausschreitungen und Übergriffe.
8. Oktober 1992 Der Vorsitzende des
Bundesfachausschusses Kulturpolitik,

Dr. Georg Gölder MdL, stellt in Bonn das Aktionsprogramm des Fachausschusses zur Studienzeitverkürzung und zur Verbesserung der Lehre vor.

9. Oktober 1992

Der Bundesfachausschuß Frauenpolitik veranstaltet im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Anhörung zum Thema "Frauen in den neuen Bundesländern".

12. Oktober 1992

Sitzung der Agrarkommission, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

25. Oktober 1992

Bundesvorstand in Düsseldorf

26.-28. Oktober 1992

3. Parteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf

